



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Technologie

WIRTSCHAFT.  
WACHSTUM.  
WOHLSTAND.



# Starke Industrie. Starke Wirtschaft.

Handlungsfelder der Industriepolitik

## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft  
und Technologie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### Stand

April 2013

### Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

### Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

### Bildnachweis

Kadmy/fotolia (Titel), Kadmy/fotolia (S. 6), Nomad\_Soul/  
shutterstock (S. 9), cocoline/Fotocase (S. 11),  
Stocksnapper/fotolia (S. 13), Alexander Raths/fotolia (S. 22),  
BMWi (S. 23), bim/iStockphoto, Hapag-Lloyd AG (S. 28),  
Petair/fotolia (S. 28), LdF/fotolia (S. 30), Kuzma/iStockfoto (S. 33)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des  
Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.  
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum  
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung  
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen  
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder  
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und  
Technologie ist mit dem audit berufundfamilie®  
für seine familienfreundliche Personalpolitik  
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von  
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der  
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>Starke Industrie. Starke Wirtschaft.</b> .....	<b>4</b>
<b>I. Die deutsche Industrie – gut gerüstet für den weltweiten Wettbewerb</b> .....	<b>6</b>
1. Qualität „Made in Germany“ .....	6
2. Exzellente Wertschöpfungsketten und hohe Innovationskraft.....	7
3. Global players und hidden champions.....	7
4. Die Flaggschiffe der deutschen Industrie.....	7
5. Industrie und Dienstleistungen geben sich wechselseitig starke Impulse .....	8
<b>II. Neue Herausforderungen erfordern neue Antworten</b> .....	<b>9</b>
<b>III. Grundsätze der Industriepolitik des BMWi</b> .....	<b>11</b>
<b>IV. Die Handlungsfelder der deutschen Industriepolitik</b> .....	<b>13</b>
1. Deckung des Fachkräftebedarfs.....	14
2. Stärkung der Innovationskraft.....	16
3. Stärkung der Finanzierungsbasis .....	18
4. Sichere und bezahlbare Energieversorgung, kosteneffizienter Klima- und Umweltschutz .....	20
5. Sichere Rohstoffversorgung .....	23
6. Verbesserung der Exportchancen .....	24
7. Spezielle Industriesektoren.....	28
<b>V. Deutsche Industriepolitik im europäischen Kontext</b> .....	<b>30</b>
<b>VI. Fazit</b> .....	<b>33</b>



# Vorwort



Vom Auto über den Gabelstapler bis zum medizinischen Spezialinstrument: Industrieprodukte aus Deutschland genießen weltweit einen hervorragenden Ruf. Das Gütesiegel „Made in Germany“ steht für höchste Qualität, Innovationsvorsprung und Zuverlässigkeit.

Die deutsche Wirtschaft ist seit Jahren auf Erfolgskurs. Die eindrucksvolle Exportstärke unserer Industrieunternehmen hat maßgeblich dazu beigetragen. Es ist deshalb kein Wunder, dass wir in Europa um unsere leistungsfähige Industrie als starkes Fundament für Wachstum und Wohlstand beneidet werden. Viele Länder betrachten mittlerweile unser Wirtschaftsmodell als Vorbild. Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission sogar das Ziel ausgegeben, den Industrieanteil in Europa um ein Viertel zu erhöhen.

Diese Erfolgsgeschichte verdanken wir dem engagierten Einsatz innovativer Unternehmer und kreativer, gut ausgebildeter Ingenieure und Fachkräfte sowie einer ambitionierten Forschung und Entwicklung – unsere Industrie hat hier in den letzten Jahren ihre Investitionen noch einmal kräftig erhöht.

Dieser Innovationselan hilft, die Chancen neuer Trends und Herausforderungen zu nutzen. Für Deutschland als starken Industriestandort bringt etwa die Verknüpfung von digitalen Technologien und industriellen Prozessen großartige Möglichkeiten. Die Digitalisierung unserer Welt hat enorme Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Internet und Industrie rücken stärker zusammen. Wertschöpfungsprozesse

verändern sich. Konsumenten werden immer mehr zu Produzenten. Es entstehen in atemberaubendem Tempo neue Märkte und Chancen. Im Gang ist nichts Geringeres als die nächste, vierte industrielle Revolution. Dank unserer starken Industrie hat Deutschland alle Chancen, sie von der Spitze her mitzugestalten.

Sicher gibt es in Zukunft noch einige große Herausforderungen zu meistern. Die Konkurrenz insbesondere aus den Schwellenländern nimmt zu. Der Fachkräftebedarf wird sich angesichts des demografischen Wandels verschärfen. Die deutsche Industrie hat jedoch die besten Voraussetzungen, auch künftig ihre Spitzenposition zu behalten und auszubauen. Für die Politik gilt es, ein gedeihliches, innovations- und investitionsfreundliches Umfeld zu sichern – damit große und kleine Industrieunternehmen weiterhin erfolgreich investieren und produzieren können, um mit ihren innovativen Produkten neue Arbeitsplätze zu schaffen und Märkte zu erobern. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie unterstützt sie dabei mit zahlreichen Maßnahmen und Initiativen, die auf den folgenden Seiten zusammengefasst sind.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Rösler', written in a cursive style.

Philipp Rösler

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

## Starke Wirtschaft. Starke Industrie.

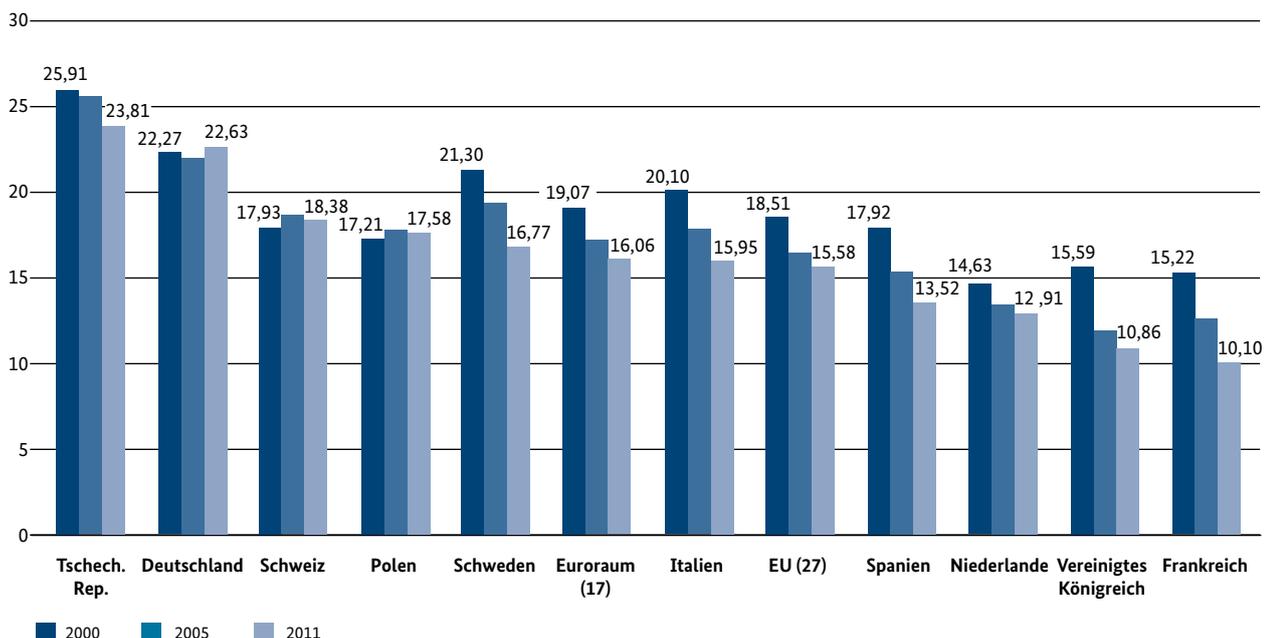
Die deutsche Industrie steht gut da: Vom Familienbetrieb in der Medizintechnik bis zum Automobilkonzern sorgen die Industrieunternehmen für ein gutes Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung in Deutschland. Das ist mehr als in allen anderen westlichen Industriestaaten vergleichbarer Größe und ein stabiles Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze.

Das zeigt auch ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre. Während in anderen großen Ländern Europas der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung Jahr für Jahr sank, ist er in Deutschland weitgehend konstant geblieben. Von 1995 bis 2008 bewegte sich der Anteil zwischen 21,4 Prozent und 23,1 Prozent. Ab 2009 wurde die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer Bewährungsprobe, die Deutschland mit Bravour bestanden hat. Auch dank unserer robusten Industrie mit ihren exportstarken Unternehmen und hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In den Jahren 2011 und 2012 lag der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung wieder über 22 Prozent, nachdem er 2009 knapp unter 20 Prozent gesunken war.

Dabei zeichnet die deutsche Wirtschaft und insbesondere auch die Industrie ihre hohe Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit aus: Sie schafft permanent neue, erfolgreiche Angebote und kann flexibel auf neue in- und ausländische Nachfrage reagieren.

Was macht die deutsche Industrie so besonders? Was ist ihr Erfolgsrezept? Auf diese Fragen gibt es mehr als eine Antwort. Ein wesentlicher Grund für den Erfolg ist die Top-Qualität deutscher Industrieerzeugnisse. Das Gütesiegel „Made in Germany“ ist weltweit zum Synonym für Innovationsstärke, handwerkliches Können und Verlässlichkeit geworden. Ein weiterer Grund für diese eindrucksvolle Erfolgsgeschichte ist die breit gefächerte Branchenstruktur und ein ausgewogener Mix von international agierenden Konzernen und sehr wettbewerbsfähigen und flexiblen mittelständischen Unternehmen. Hinzu kommt, dass zahlreiche Mittelständler seit Jahrzehnten Zulieferer großer Firmen sind. Zwischen ihnen hat sich eine solide und vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt, die es ermöglicht, in Innovationen zu investieren und mit neuen Produkten Märkte zu erobern.

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Landes (2000, 2005 und 2011)



Quelle: Eurostat

Die Wettbewerbsfähigkeit ist Voraussetzung für den Erfolg der deutschen Industrie und basiert vor allem auf den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland. Es kommt entscheidend auf die Effizienz des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens an. Er setzt Grenzen und befähigt zugleich die Wirtschaftskräfte, Innovationsgeist und Eigeninitiative frei in diesem Rahmen zu entfalten. Die Sicherung eines funktionsfähigen und dynamischen Wettbewerbs ist dabei eine ständige Aufgabe und notwendige Bedingung für die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft sowie Leistungsgerechtigkeit. Ein verlässlicher Ordnungsrahmen umfasst: solide öffentliche Haushalte, eine wachstums- und leistungsorientierte Steuer- und Abgabenpolitik, stabile Finanzierungsbedingungen, eine verantwortungsvolle und differenzierte Lohnentwicklung, eine flexible und widerstandsfähige Arbeitsmarktpolitik, ein offenes Bildungssystem, das Chancengleichheit gewährleistet, und eine gute Infrastruktur. Der Wettbewerb ist die zentrale Triebfeder für Innovationen und Wohlstand. Die Offenheit der Märkte fördert Absatzchancen.

Trotz des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeldes konnte sich die deutsche Wirtschaft deshalb auch 2012 hervorragend auf den Weltmärkten behaupten. Sie verkaufte Waren im Wert von 1.097,3 Mrd. Euro ins Ausland. Hinter diesen Erfolgen stehen neben der starken Präsenz auf den Wachstumsmärkten in Asien und Lateinamerika eine auf hochwertige innovative Güter spezialisierte Industrie. Nicht von ungefähr erbringen die Industrieunternehmen mehr als 85 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsleistungen der deutschen Wirtschaft.

Auch als Arbeitgeber spielt die Industrie eine wichtige Rolle. Sie beschäftigte 2012 rund 7,27 Mio. Menschen. Das ist mehr als ein Sechstel aller Erwerbstätigen. Hinzu kommen Millionen von Dienstleistern im industriellen Umfeld. Dabei trägt die traditionell konstruktive Zusammenarbeit der Tarifvertragspartner wesentlich zum Erfolg bei.

Die deutsche Industrie ist gut aufgestellt, um auch künftig stark und wettbewerbsfähig zu bleiben. Dafür setzt sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ein. Alle Maßnahmen und Initiativen richten wir dabei an der Überzeugung aus, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Deswegen geht es bei moderner Industriepolitik nicht um gezielte staatliche Interventionen zum Erhalt bestimmter Branchen oder gar Unternehmen, sondern darum, die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der gesamten Wirtschaft zu verbessern. Ziel unserer Industriepolitik ist dementsprechend, gute und verlässliche Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion in ihrer gesamten Breite zu schaffen und zu erhalten.

Für die Erfolge auf den Weltmärkten kommt es vor allem auf die Unternehmen selbst an. Die Politik setzt nur den Rahmen und sorgt dafür, dass sich das kreative Potenzial der vielen klugen Köpfe in unserem Land voll entfalten kann.

# I. Die deutsche Industrie – gut gerüstet für den weltweiten Wettbewerb



## 1. Qualität „Made in Germany“

Mit 1.637 Mrd. Euro erwirtschaftete das deutsche Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2012 einen neuen Umsatzrekord. Das sind fast 60 Prozent mehr als im Jahr 1995\*. Dieses enorme Wachstum verdankt die Industrie vor allem dem Außenhandel: Ihre Exportquote hat sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt und liegt mittlerweile bei 46,9 Prozent. Darauf können die deutschen Industrieunternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stolz sein, vor allem, weil der Wettbewerb auf den Weltmärkten deutlich zugenommen hat. Gegenüber der stark wachsenden Konkurrenz aus den Schwellenländern hat unser Land seinen Weltmarktanteil weitgehend gehalten. 2012 konnte Deutschland seine Position als drittgrößter Exporteur der Welt, hinter China und den USA, behaupten.

Das Geheimnis dieses Erfolgs liegt vor allem in der Innovationskraft und der besonderen Kundenorientierung der deutschen Industrieunternehmen. Firmen aus

Deutschland haben in der ganzen Welt einen hervorragenden Ruf und das „Made in Germany“ steht für höchste Qualität und Zuverlässigkeit.

Eine weitere Stärke der deutschen Industrie ist ihr Produktportfolio. Neben gehobenen Konsumgütern wie Autos und Haushaltsgeräten ist es in großem Maße auf hochwertige Investitionsgüter wie Maschinen und Anlagen ausgerichtet. Diese Produkte sind besonders für wachstumsstarke Schwellenländer attraktiv, die eigene Industrien aufbauen. Dazu zählen u. a. China, Indien und Brasilien.

Damit das so bleibt, haben deutsche Industrieunternehmen ihre Wertschöpfungsprozesse in den letzten Jahren europaweit und vielfach weltweit neu organisiert. Teilweise haben sie auch arbeitsintensive Produktionsabschnitte in Drittländer ausgelagert, um neue Märkte zu erschließen und Kosten zu senken. Gewerkschaften, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben diese Restrukturierung überwiegend mitgetragen und

\* Bis 2006 umfasste der Berichtskreis Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; seit 2007 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten.

durch eine verantwortungsvolle Lohnpolitik unterstützt. Im Ergebnis wurden dadurch viele Arbeitsplätze in Deutschland gesichert und die Voraussetzung für neue Arbeitsplätze geschaffen.

## 2. Exzellente Wertschöpfungsketten und hohe Innovationskraft

Die Industrie arbeitet mit ihren Zulieferern exzellent und verlässlich zusammen. Ihre Zusammenarbeit hat sich über Jahrzehnte hinweg eingespielt und die Zuliefererstrukturen haben sich dabei immer mehr verfeinert. Auf dieser Vertrauensbasis konnten die großen und kleinen Firmen gezielt in Innovationen investieren. Auch räumlich haben sich viele kleine und mittlere Zulieferer nah bei ihren Großkunden angesiedelt. Von diesen stabilen und weitverzweigten Wertschöpfungsketten profitiert heute die gesamte deutsche Industrie.

Eine Schlüsselfunktion in diesem Geflecht haben die energieintensiven Industriebranchen. Zu ihnen zählen zum Beispiel die chemische Industrie, die Stahl- und Aluminiumindustrie sowie die Papier- und die Glasindustrie. Sie liefern unverzichtbare Grund- und Werkstoffe insbesondere für Automobil- und Elektrounternehmen, den Maschinenbau, die Luft- und Raumfahrt sowie für Druck- und Verpackungsunternehmen. Insgesamt beziehen rund 83 Prozent der Industrieunternehmen Produkte der energieintensiven Unternehmen. Das hat eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) aus dem Jahr 2012 ergeben.

Allein die energieintensiven Unternehmen beschäftigten im Jahr 2011 rund 830.000 Menschen und erzielten einen Umsatz von über 300 Mrd. Euro.

Die Industrie ist eine starke Basis für die gesamte Wirtschaft in Deutschland. Doch der internationale Konkurrenzdruck ist intensiver geworden, auch aufgrund der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit der Schwellenländer. Um in diesem Wettbewerb erfolgreich zu sein, muss die deutsche Industrie ihre Innovationskraft weiter steigern. Und sie hat diese Herausforderung angenommen: 2011 haben die Industrieunternehmen fast 54 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert, das sind 26 Prozent mehr als im Jahr 2005.

## 3. Global players und hidden champions

Zur deutschen Industrie gehört der weltbekannte Autokonzern genauso wie der mittelgroße Hersteller von Verpackungsmaschinen. Dieser Mix aus global agierenden Großunternehmen und gut aufgestellten mittelständischen Unternehmen macht unsere Industrie weltweit so wettbewerbsfähig. Da sich die Industrie über viele verschiedene Branchen erstreckt, können wichtige Teile der Wertschöpfungsketten zudem effizient zu regionalen Clustern, also einem Verbund einzelner Unternehmen, zusammengeführt werden.

Der „German Mittelstand“ ist international sehr erfolgreich: Rund 1.500 deutsche Mittelständler zählen in ihrer Marktnische zu den Weltmarktführern – an vorderster Stelle im Bereich Maschinenbau. Trotz dieser Markterfolge sind diese „hidden champions“ in der Öffentlichkeit kaum bekannt, zumal sie in keiner internationalen Rangliste auftauchen. Auch insgesamt ist der industrielle Mittelstand weltweit aktiver als allgemein bekannt. Ca. 20 Prozent der mittelständischen Unternehmen mit mehr als 100.000 Euro Jahresumsatz sind im Export tätig. Bei den Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 1 und 50 Mio. Euro sind es sogar rund 42 Prozent. Die höchsten Exportumsätze entfallen auf den Maschinenbau, die Elektroindustrie und die Herstellung von Metallerzeugnissen.

## 4. Die Flaggschiffe der deutschen Industrie

Innerhalb der breit gefächerten deutschen Industrie gibt es Branchen, die das Bild der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Märkten besonders prägen: die Automobilindustrie, der Maschinen- und Anlagenbau, die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (Elektroindustrie) sowie die chemisch-pharmazeutische Industrie.

Die deutschen **Automobilhersteller** haben 2012 einen neuen Rekord aufgestellt: Sie produzierten rund 13,5 Mio. Pkw. Das sind rund 20 Prozent aller Pkw, die 2012 weltweit hergestellt wurden. Hinzu kommen über 1 Mio. Nutzfahrzeuge. 2012 erreichte auch der Umsatz der deutschen Automobilindustrie mit über 360 Mrd. Euro ein neues Allzeithoch. Von den knapp 5,4 Mio. Pkw, die 2012 in Deutschland vom Band liefen, wurden mehr als drei Viertel ins Ausland verkauft. Davon gingen knapp 60 Prozent in die europäischen Länder und

jeweils rund 17 Prozent nach Asien und Nordamerika. China ist für die deutschen Autobauer mittlerweile der wichtigste Absatzmarkt – dort setzen sie mehr Fahrzeuge ab als in Deutschland. Der deutschen Automobilindustrie kommt im internationalen Wettbewerb ihre hohe Innovationskraft zugute: In den letzten Jahren investierte sie jeweils über 20 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung. Bei den Patenten liegt sie weltweit in der Spitzengruppe.

Mit einem Exportumsatz von 142,2 Mrd. Euro im Jahr 2011 und einem Weltmarktanteil von 16,5 Prozent ist der mittelständisch geprägte **Maschinen- und Anlagenbau** Exportweltmeister – gefolgt von Japan, den USA und China. 2012 lag der Umsatz der Branche bei 206,8 Mrd. Euro, der Exportumsatz erhöhte sich dabei auf 149,2 Mrd. Euro. Gut 53 Prozent der Exporte gingen in die europäischen Länder, knapp 27 Prozent nach Asien und gut 15 Prozent nach Nord- und Südamerika. Die Beschäftigung nahm im Jahresverlauf um rund 30.000 Arbeitsplätze zu. 2011 und 2012 investierte die Branche insgesamt rund 10 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung.

Die deutsche **Elektroindustrie** hat 2012 mit der Ausfuhr von Produkten im Wert von 160,1 Mrd. Euro einen neuen Rekord aufgestellt. Damit hat sie mehr exportiert als die entsprechenden Branchen in Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien zusammen. Hinter China, den USA und Hongkong lag sie auf Platz vier der Weltrangliste. 65 Prozent der Exporte gingen in die europäischen Länder. In den beiden letzten Jahren (2011/2012) wandte die Branche insgesamt 26,5 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung auf und investierte 16,5 Mrd. Euro in neue Anlagen.

Die **chemisch-pharmazeutische Industrie** hat 2012 ihre Exporte um 5 Prozent auf den neuen Rekordwert von 160,9 Mrd. Euro gesteigert. Damit trägt sie erneut den Titel des Chemie-Exportweltmeisters. Von den Gesamtexporten entfielen rund zwei Drittel auf chemische und rund ein Drittel auf pharmazeutische Erzeugnisse. 61 Prozent der Exporte gingen in die EU-Länder. In keinem anderen europäischen Land ist der Anteil der forschenden Chemieunternehmen höher als in Deutschland. Die FuE-Intensität ist weltweit die dritthöchste. Mit einem Anteil von 17,3 Prozent an den internationalen Patentanmeldungen im Jahr 2009 ist Deutschland – knapp hinter den USA und Japan – der weltweit drittstärkste Innovationsstandort in der Chemie.

## 5. Industrie und Dienstleistungen geben sich wechselseitig starke Impulse

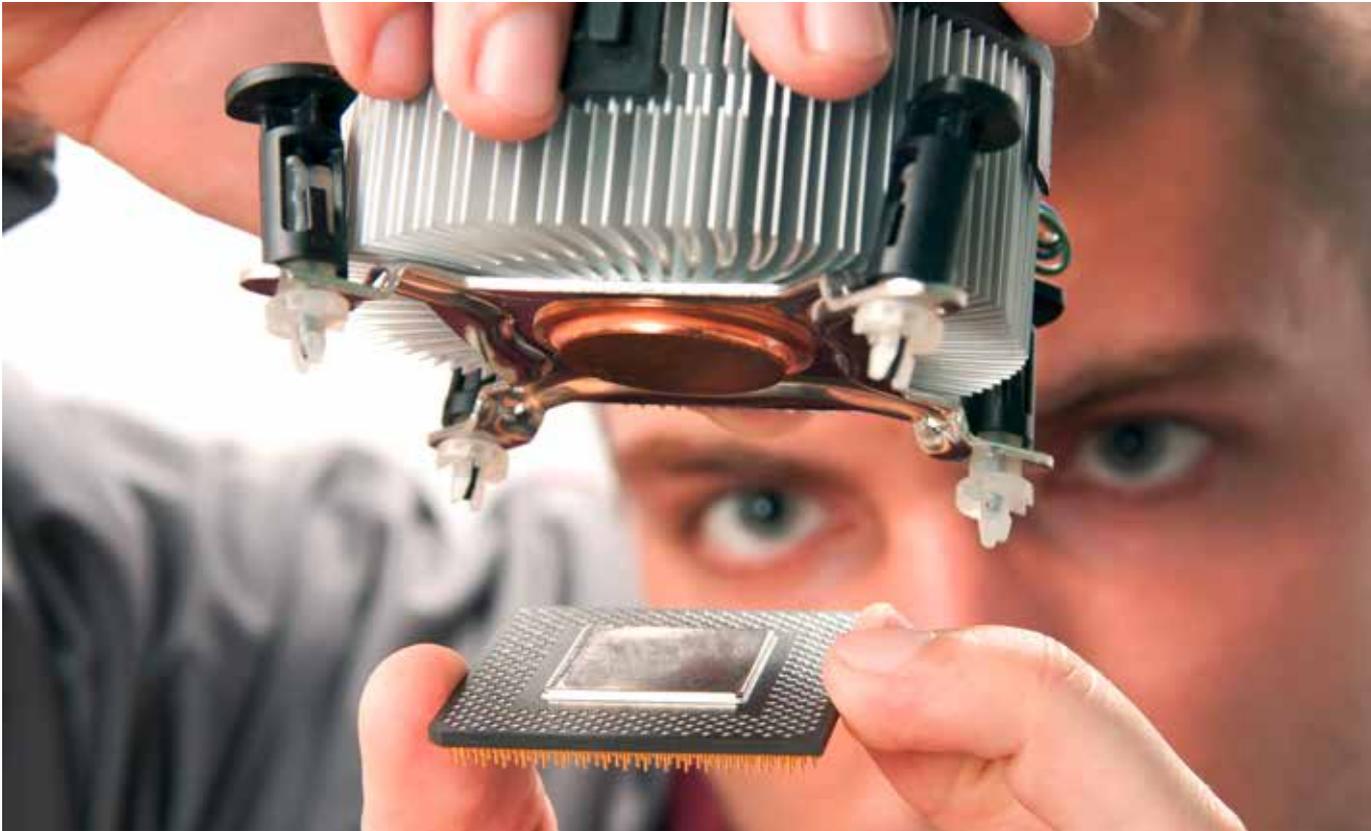
Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist auch auf enge Verflechtungen der Industrie mit der Dienstleistungswirtschaft zurückzuführen. Diese haben sich in den letzten Jahren weiter intensiviert. Ein Grund dafür sind Auslagerungen von Betriebsteilen durch die Industrieunternehmen. Die Industrie kauft zunehmend Dienstleistungen von externen – meist inländischen – Anbietern ein. So trägt sie dazu bei, dass Arbeitsplätze in diesen Bereichen geschaffen und gesichert werden.

Neben der Auslagerung von Betriebsteilen hat die wachsende Nachfrage der Industrie nach unternehmensnahen Dienstleistungen weitere Gründe. Dazu gehören:

- Die zunehmende Technologieorientierung. Um eine Innovation voranzubringen, holen sich Industrieunternehmen oft auch Know-how von außen, zum Beispiel von Forschungseinrichtungen, Softwareunternehmen oder Ingenieurbüros.
- Die stärkeren Auslandsaktivitäten der Industrieunternehmen, die mit der Erschließung neuer Märkte verbunden sind. Diese Entwicklung erhöht die Nachfrage nach Dienstleistungen wie etwa der Marktforschung im Zielland.

Ein wichtiger Trend auf den Industriemärkten ist daneben die zunehmende Nachfrage nach so genannten hybriden Produkten. Diese entstehen, wenn Industrieunternehmen allein oder in Kooperation mit anderen Unternehmen nicht nur eine Anlage oder ein Produkt anbieten, sondern diese mit produktbegleitenden und kundenspezifischen Dienstleistungen verbinden. Dazu gehören zum Beispiel Wartungsdienste, die Fernüberwachung von Maschinen und Anlagen oder auch Finanzierungsangebote. Eine Unternehmensbefragung des IW Köln aus dem Jahr 2011 hat gezeigt, dass bereits 16 Prozent der Industrieunternehmen hybride Produkte anbieten. Und die Zahl dieser Firmen steigt. Damit verfügt die deutsche Industrie über einen wichtigen Trumpf im weltweiten Wettbewerb.

## II. Neue Herausforderungen erfordern neue Antworten



Um ihre internationale Topstellung auch in Zukunft zu halten, gilt es für die deutschen Industrieunternehmen, ihren Vorsprung bei Forschung, Entwicklung und Innovation zu bewahren und auszubauen. Sie müssen an der Spitze des technischen Fortschritts stehen, um Kostenvorteile auszugleichen.

An dieser Spitze vollziehen sich heute rasante Entwicklungen, die mit dem Begriff „Industrie 4.0“ beschrieben werden. Die Digitalisierung unserer Welt hat enorme Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Internet und Industrie rücken immer stärker zusammen – industrielle Prozesse werden mit digitalen Technologien wie dem Internet stärker verzahnt. Dadurch entstehen in atemberaubendem Tempo neue Märkte und Chancen. Diese Entwicklung wird oft als die vierte industrielle Revolution bezeichnet. Eine Revolution, die mit erheblichen Kosten- und Ressourceneinsparungen und einer höheren Flexibilität und Produktivität einhergeht.

Die zunehmende Verschmelzung von Cyberspace und Produktionshallen bietet dabei die Aussicht auf einen echten Paradigmenwechsel. Wenn Daten- und Produk-

tionsstraße eins werden, das Internet also zur Werkbank wird, eröffnen sich Möglichkeiten, die sich bislang nur erahnen lassen. Wertschöpfungsprozesse verändern sich, neue Geschäftsmodelle entstehen. Der Endkunde spielt eine immer größere Rolle. Konsumenten werden zu Produzenten.

Die Grenze zwischen Produkt und Produktion verschwimmt zusehends, wenn Materialien und Zwischenprodukten virtuelles Leben eingehaucht wird. Beispiele sind Werkstücke, die mit den Maschinen um sich herum „kommunizieren“ und ihren Produktionsprozess selber steuern oder Bauteile, die während des Produktionsprozesses selbst erkennen, ob sie fehlerbehaftet sind, um ggf. eine Reparatur auszulösen.

Diese Trends können grundlegende Bedingungen der Produktionswirtschaft auf den Kopf stellen. Der Widerspruch zwischen Massenproduktion und individueller Fertigung könnte sich auflösen. Die Produktion wird flexibler und effizienter. Die wirtschaftliche Fertigung sehr vieler Produktvarianten wird zunehmend möglich werden. Die Orientierung an den Wünschen

der einzelnen Kunden und deren Einbeziehung in die Entwicklung und Produktion kann so für die Industrie eine ganz neue Dimension erreichen. In dem Maße, in dem das Internet der Dinge Einzug in die Fabriken hält, werden verstärkt branchenübergreifende Kooperationen erforderlich.

Von den Beschäftigten in den Industrieunternehmen werden neue Qualifikationen verlangt. Entscheidend für den Erfolg der Industrie 4.0 wird eine ausreichende Zahl an hoch motivierten und gut ausgebildeten Fachleuten sein, die an den Schnittstellen von Produktion und IT arbeiten. Eine wichtige Baustelle in der Welt der Industrie 4.0 ist die Einführung von einheitlichen Standards für die Software und Datenformate. Zudem ist ein effektiver Schutz der Daten vor Diebstahl und Manipulation erforderlich. Die deutsche Industrie als führender Fabrikarüster der Welt und die IT-Branche sind für diese Entwicklungen bestens gerüstet.

Allerdings sind im Zuge der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in den – vor allem asiatischen – Schwellenländern ernst zu nehmende neue Konkurrenten für die etablierten deutschen Unternehmen entstanden. Diese sind zunehmend auch in traditionellen Domänen der deutschen Industrie aktiv, zum Beispiel im Fahrzeug- und Maschinenbau. Aufgrund ihrer Vorteile bei den Arbeitskosten und teilweise dank staatlicher Förderung konnten Unternehmen aus Schwellenländern mit ihren Angeboten auf vielen Märkten Fuß fassen und Marktanteile gewinnen. Dies geschah bisher in erster Linie zulasten von Herstellern aus anderen klassischen Industrieländern. Die deutsche Industrie konnte ihre Position dank ihrer Innovationsstärke und ihrer global aufgestellten Wertschöpfungsketten jedoch behaupten und teilweise sogar ausbauen. Dennoch darf die Herausforderung durch die neuen Wettbewerber nicht unterschätzt werden, zumal diese mehr und mehr in technologisch anspruchsvolle Bereiche vordringen.

Der Konkurrenzdruck für die deutsche Industrie wird sich mittelfristig auch durch Unternehmen aus den Staaten erhöhen, deren Industrie im vergangenen Jahrzehnt an Bedeutung verloren hat. Sowohl die USA als auch zahlreiche europäische Länder sind dabei, die Standortbedingungen für die Industrie zu verbessern. Dadurch wollen sie den Verlust an Industriearbeitsplätzen stoppen und wieder neue Arbeitsplätze in der Produktion schaffen. Zudem werden die USA als

Standort für energieintensive Unternehmen immer attraktiver. Denn dort sind die Energiepreise auch infolge der Ausbeutung von Schiefergasvorkommen – Stichwort Fracking – vergleichsweise niedrig.

Hohe Energiekosten und vergleichsweise strenge Umweltschutzvorgaben stellen die in Deutschland produzierenden Unternehmen vor besondere Herausforderungen. Denn Energie ist bei vielen Produktionsprozessen ein maßgeblicher Kostenfaktor. Wird die Preisdifferenz zu wichtigen Konkurrenzstandorten zu groß, droht ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

Ein weiterer Aspekt, auf den sich die Industrie einstellen muss, ist die demografische Entwicklung in Deutschland. Die deutsche Gesellschaft altert und die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Dadurch wird sich der Fachkräftemangel, der schon heute in vielen Branchen und Regionen besteht, weiter verschärfen. Das gilt vor allem für den sogenannten MINT-Bereich, also für Fachkräfte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Diese sind für die Industrie besonders wichtig.

All diesen Herausforderungen hat sich die deutsche Industrie in den vergangenen Jahren nicht nur erfolgreich gestellt, sondern sie zum Teil sogar in Chancen umgemünzt. Zum Beispiel, indem sie ihre Exporte in Schwellenländer kräftig gesteigert hat und bei Umwelt- und Klimaschutzgütern eine führende Position einnimmt.

Auch der demografische Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Denn wenn der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung in Deutschland zunimmt, ändern sich auch die Konsumgewohnheiten auf dem Absatzmarkt. Ältere Verbraucher gelten als überdurchschnittlich kritisch, achten auf Qualität und wollen Produkte, die besonders anwenderfreundlich sind. Indem die Industrie ihre Produkte früh an diese Bedürfnisse anpasst, erhöht sie ihre Marktchancen – im Inland genauso wie auf den internationalen Märkten. Denn der Anteil der über 60-jährigen Menschen wächst in fast allen Ländern Europas sowie in Japan und China.

Die neuen Potenziale auszuschöpfen ist in erster Linie die Aufgabe der Unternehmen selbst. Die Aufgabe der Industriepolitik besteht darin, die Unternehmen bei ihren Anstrengungen zu begleiten.

### III. Grundsätze der Industriepolitik des BMWi



Der Begriff „Industriepolitik“ wird sehr unterschiedlich verwendet. Oft wird darunter die gezielte Förderung einzelner Branchen verstanden, die vom Staat als strategisch wichtig identifiziert werden. Auch protektionistische Maßnahmen zum Schutz schwächerer Industriezweige werden damit teilweise verbunden.

Die deutsche Industriepolitik folgt völlig anderen Grundsätzen. Sie fußt auf der Überzeugung, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Das Wissen um Marktchancen, um technologische und ökonomische Potenziale entsteht durch das millionenfache Zusammenspiel zwischen Anbietern und Abnehmern von Produkten und Dienstleistungen. Dezentralität und Wettbewerb sind einer zentral gesteuerten Planwirtschaft haushoch überlegen. Daraus ergibt sich eine klare Rollenverteilung zwischen Staat und Unternehmen. Unter anderem hierfür hat Ludwig Erhard den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Diesem Leitbild folgt auch die deutsche Industriepolitik. Danach kommt dem Staat die Aufgabe zu, stabile, transparente und verlässliche Rahmenbedingungen für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Die Bedürfnisse von Nachfragern zu erkennen und zu befriedigen sowie Marktchancen zu ergreifen, ist und bleibt die ureigene Aufgabe der Unternehmen. Unternehmerischen Risiken stehen dabei mögliche Gewinne gegenüber – beide Elemente des unternehmerischen Kalküls dürfen vom Staat nicht verzerrt werden. Staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen müssen auf wenige, eng begrenzte und wohlbegründete Ausnahmesituationen beschränkt bleiben. Nur so ist gewährleistet, dass der Wettbewerb um die besten Produkte und Ideen reibungslos funktioniert und die wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklung beflügelt.

Die deutsche Industriepolitik steht fest auf dem Fundament der Sozialen Marktwirtschaft und bereitet den Unternehmen ein gedeihliches Umfeld. Sie hat dabei keine eigenen, spezifischen Instrumente. Vielmehr wirkt sie in die unterschiedlichsten Politikbereiche hinein. Ihr Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die heimischen Industrieunternehmen in der Breite zu verbessern und ihnen faire Konkurrenzbedingungen im globalen Wettbewerb zu ermöglichen. Die deut-

schen Industrieunternehmen sollen im internationalen Wettbewerb auf Augenhöhe mit ihren ausländischen Wettbewerbern agieren können.

Viel mehr als auf sektor- oder branchenspezifische Einzelmaßnahmen kommt es deshalb auf die Effizienz des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens an. Zu einem effizienten marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen gehören:

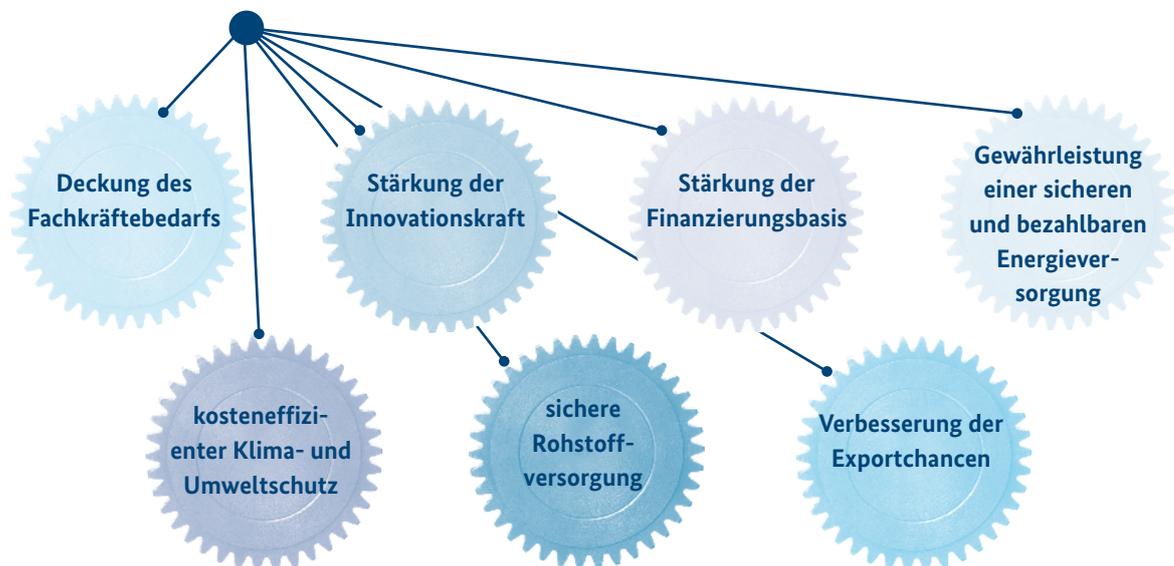
1. Haushaltskonsolidierung und Wirtschaftswachstum sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander: Solide öffentliche Haushalte sind die Grundlage dafür, dass sich wirtschaftliche Freiheit entfalten und Leistungsanreize zur Geltung kommen können. Umgekehrt bildet eine wachstums- und leistungsorientierte Steuer- und Abgabenpolitik die Grundlage für eine nachhaltige und langfristig tragfähige Haushaltspolitik. Das ist das Fundament dafür, das Vertrauen der Marktteilnehmer zu gewinnen und damit auch die Wachstumskräfte in Deutschland zu stärken, indem mittels eines international wettbewerbsfähigen Unternehmensteuerrechts Anreize für Investitionen und Innovationen gesetzt werden.
  2. Eine verantwortungsvolle und differenzierte Lohnentwicklung, stabile Finanzierungsbedingungen und eine gute Infrastruktur sind wesentlich für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und insbesondere auch der deutschen Industrie.
  3. Wichtige Bausteine des Ordnungsrahmens als Grundlage für die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie sind Wettbewerb und die Offenheit der Märkte.
  4. Der Wettbewerb ist die zentrale Triebfeder für Innovation und zukünftigen Wohlstand. Er setzt Leistungsanreize und fördert die Suche nach Produkten und Dienstleistungen, die noch besser auf die Bedürfnisse der Verbraucher und industriellen Kunden abgestimmt sind. Neben einer effektiven Wettbewerbspolitik ist es vor diesem Hintergrund wichtig, dass Wirtschaft und Politik die Aufgeschlossenheit in der Bevölkerung gegenüber neuen Technologien und die Innovationsfreude weiter verbessern. Nur eine innovative Wirtschaft und Industrie schaffen langfristig Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung. Wettbewerb hält dabei
- die Unternehmen zu einem nachhaltigen und effizienten Umgang mit Ressourcen an.
5. Offenheit ist auch auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Mit den Reformen der vergangenen Jahre konnten Flexibilität und Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarktes erhöht und so die Teilhabe der Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt gesichert werden. Infolge dessen stieg die Erwerbstätigenquote in Deutschland von unter 70 Prozent im Jahr 2005 auf mehr als 75 Prozent im Jahr 2012.
  6. Die Offenheit des Bildungssystems, mit dem Ziel Chancengleichheit herzustellen, ist eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und insbesondere der deutschen Industrie.

## IV. Die Handlungsfelder der deutschen Industriepolitik



Die Bundesregierung hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter zu verbessern. Im Folgenden sollen dabei diejenigen Maßnahmen näher beleuchtet werden, die für die Industrie eine besondere Relevanz haben. Zu den zentralen Handlungsfeldern gehören:

Diese Bereiche spiegeln sich auch im Beschluss des Deutschen Bundestags zur Ausrichtung der deutschen Industriepolitik vom 22. März 2012 wider (BT-Drs. 17/8585: „Marktwirtschaftliche Industriepolitik für Deutschland – Integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft“).





### 1. Deckung des Fachkräftebedarfs

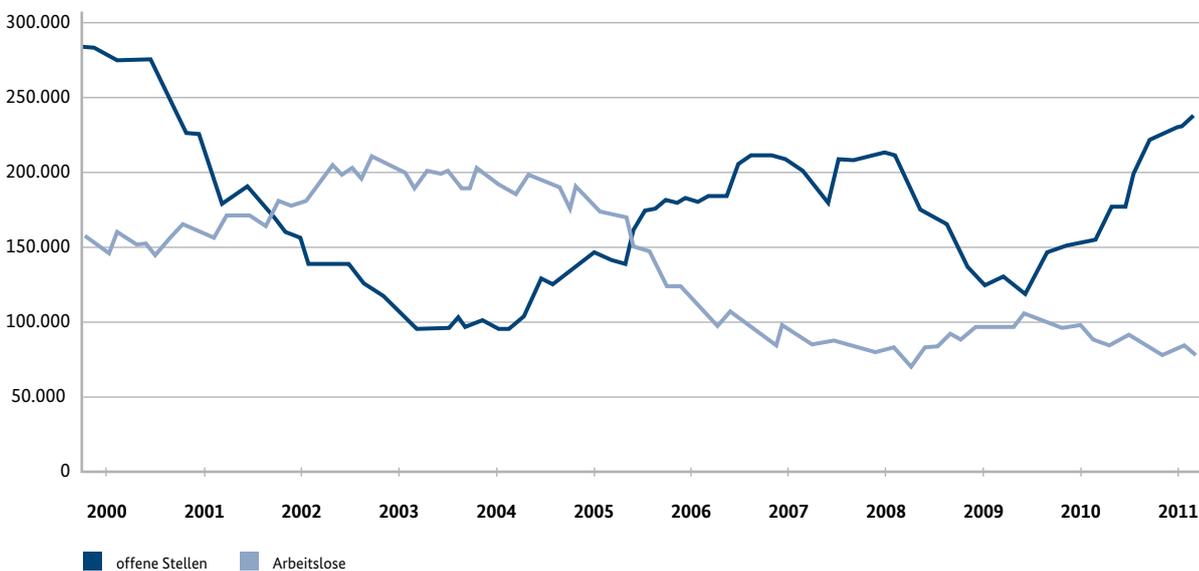
Der demografische Wandel in Deutschland wird dazu führen, dass dem Arbeitsmarkt im Jahr 2025 rund sechs Mio. Menschen weniger zur Verfügung stehen werden als im Jahr 2010, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden [Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA)]. Zusätzlich zum demografischen Wandel stellt auch die Wissensintensivierung in vielen Wirtschaftsbranchen eine große Herausforderung dar. Beide Aspekte verändern

den Qualifikationsbedarf der Industrie nachhaltig und führen zu strukturellen Veränderungen am Fachkräftemarkt.

Staat und Unternehmen sind gleichermaßen für die Bereitstellung des Bildungsangebots verantwortlich: der Staat, indem er sein Bildungsangebot verbessert, die Unternehmen, indem sie in die Aus- und Weiterbildung ihrer Arbeitskräfte investieren. Dies ist von besonderer Relevanz, da schon heute einige Regionen und Branchen mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Laut BDI-Mittelstandspanel vom Herbst 2012 hatten 45 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. In akademischen Berufen herrschen derzeit die Engpässe besonders bei Ingenieuren für Maschinen- und Fahrzeugbau, in der technischen Forschung und Entwicklung, bei Konstruktion und Modellbau, in der Informationstechnik sowie im Bereich der Ver- und Entsorgung. Bei Facharbeitern sind vor allem Stellen in der Energietechnik sowie in Metallbau-, Schweißtechnik-, Mechatronik-, Energie- und Elektroberufen schwierig zu besetzen.

#### Nachfrage übersteigt Angebot an hochqualifizierten MINT-Fachkräften

Hochqualifizierte arbeitslose MINT-Fachkräfte und offene Stellen für hochqualifizierte MINT-Fachkräfte (Akademiker, Meister, Techniker)



Quelle: IW Köln auf Basis von Bundesagentur für Arbeit, IW-Zukunftspanel

## Maßnahmen

### Fachkräftekonzept und Fachkräfteoffensive

Die Bundesregierung hat im Sommer 2011 ein **Fachkräftekonzept** beschlossen, zu dem das BMWi maßgeblich beigetragen hat. Schwerpunkte sind: Aktivierung und Beschäftigungssicherung, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Bildungschancen für alle von Anfang an, Qualifizierung durch Aus- und Weiterbildung sowie Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland.

Die **Fachkräfteoffensive** des BMWi, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der BA ergänzt das Konzept der Bundesregierung durch eine öffentlichkeitswirksame Informations- und Mobilisierungskampagne. In deren Rahmen wurde im Juni 2012 das **Willkommensportal für internationale Fachkräfte** „Make it in Germany“ gestartet. Das Portal setzt ein Zeichen einer offenen Willkommenskultur und informiert über das Leben und Arbeiten in Deutschland. Ziel ist es, internationale Fachkräfte für Deutschland zu begeistern. Das Portal wird federführend vom BMWi umgesetzt und läuft seit dem Start im Juni 2012 sehr erfolgreich: Bis April 2013 zählte es rund 1,5 Mio. Besucher. Von diesen stammten fast 90 Prozent aus dem Ausland. Begleitend zum Willkommensportal wurden Pilotprojekte in Indien, Indonesien und Vietnam gestartet.

### Ausbildungspakt

Das BMWi engagiert sich maßgeblich im Bereich der dualen beruflichen Bildung. Im Herbst 2010 hat die Bundesregierung den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (**Ausbildungspakt**) mit der Wirtschaft bis zum Jahr 2014 verlängert. In dem Pakt wurden neue Akzente gesetzt, mit dem Ziel, leistungsschwächere Jugendliche zu fördern, die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund voranzubringen und leistungsstarke Jugendliche vermehrt für eine betriebliche Berufsausbildung zu gewinnen. Der Ausbildungspakt gab auch den Anstoß für die Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“, die vom BMWi gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) durchgeführt wird und einer breiteren Öffentlichkeit die vielfältigen Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten der dualen Ausbildung und beruflichen Weiterbildung deutlich macht.

Bei der Ausbildung von Fachkräften zeigt die Industrie hohes Engagement. Der Anteil der Ausbildungsbetriebe im Verarbeitenden Gewerbe war 2010 mit 35,3 Prozent der höchste aller Wirtschaftszweige.

### MINT-Fachkräfte

In den mathematisch-naturwissenschaftlichen Berufen, dem so genannten **MINT-Bereich**, der für die Industrie von besonderer Bedeutung ist, fehlen nach Berechnungen des IW Köln bereits heute rund 95.000 Fachkräfte. Das BMWi setzt sich deshalb u. a. dafür ein, mehr Frauen für mathematisch-technische Berufe zu gewinnen und Jugendliche stärker zu motivieren, einen Ingenieursstudiengang aufzunehmen. In einigen Forschungseinrichtungen unterstützt das BMWi zum Beispiel Schülerlabore, in denen Wissenschaftler Jugendliche für die Faszination technologischer Trends sensibilisieren und für Technik begeistern.

### Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Eine Schlüsselrolle bei der Fachkräftesicherung spielen Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland gekommen sind. Viele von ihnen können nicht das leisten, was möglich wäre, weil ihre ausländischen Berufsabschlüsse in Deutschland nicht akzeptiert werden. Um dieses Problem zu lösen, ist im April 2012 das „**Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen**“ in Kraft getreten. Es enthält einen Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren für Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden. Innerhalb eines Jahres haben bereits 30.000 Migrantinnen und Migranten einen Antrag auf Anerkennung ihrer Abschlüsse gestellt, größtenteils mit Erfolg. Um aussagekräftige Informationen zu Auslandsabschlüssen im Bereich der Ausbildungsberufe zu gewährleisten, hat das BMWi das **BQ-Portal** in Auftrag gegeben. Es unterstützt die Bewertungspraxis der Kammern. Mit seinen länder- und berufsübergreifenden Informationen macht es die ausländischen Berufsabschlüsse für Unternehmen transparenter sowie Bewertungsverfahren einheitlicher und schneller.

### Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte

Das BMWi hat sich für eine neue Willkommenskultur stark gemacht, um qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland die Zuwanderung zu erleichtern. Im Juni 2011

hat die Bundesregierung beschlossen, die Vorrangprüfung in Berufen abzuschaffen, in denen ein besonderer Engpass besteht. Dazu zählen zum Beispiel Maschinenbau- und Elektroingenieure. Zudem wurde im August 2012 der Aufenthaltstitel „Blaue Karte“ eingeführt. Das Mindest-Jahreseinkommen, das für Hochschulabsolventen aus Drittstaaten gilt, wenn sie in Deutschland arbeiten wollen, wurde gesenkt. Sie müssen heute 46.400 Euro verdienen, in Mangelberufen sind es mit 36.192 Euro sogar weniger. Mit der „Blauen Karte“ wurde auch ein neuer, sechsmonatiger Aufenthaltstitel zur Arbeits-

suche für Hochschulabsolventen aus Drittstaaten eingeführt. Im Laufe des Jahres 2013 wird das deutsche Zuwanderungsrecht noch weiter geöffnet. Wenn der Bundesrat zustimmt, erhalten auch qualifizierte Fachkräfte in Ausbildungsberufen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Vorausgesetzt, ihr Abschluss ist gleichwertig mit einer deutschen Berufsausbildung. Wir brauchen aber noch weitergehende Schritte – etwa ein Punktesystem für eine gesteuerte Zuwanderung nach kanadischem Vorbild.

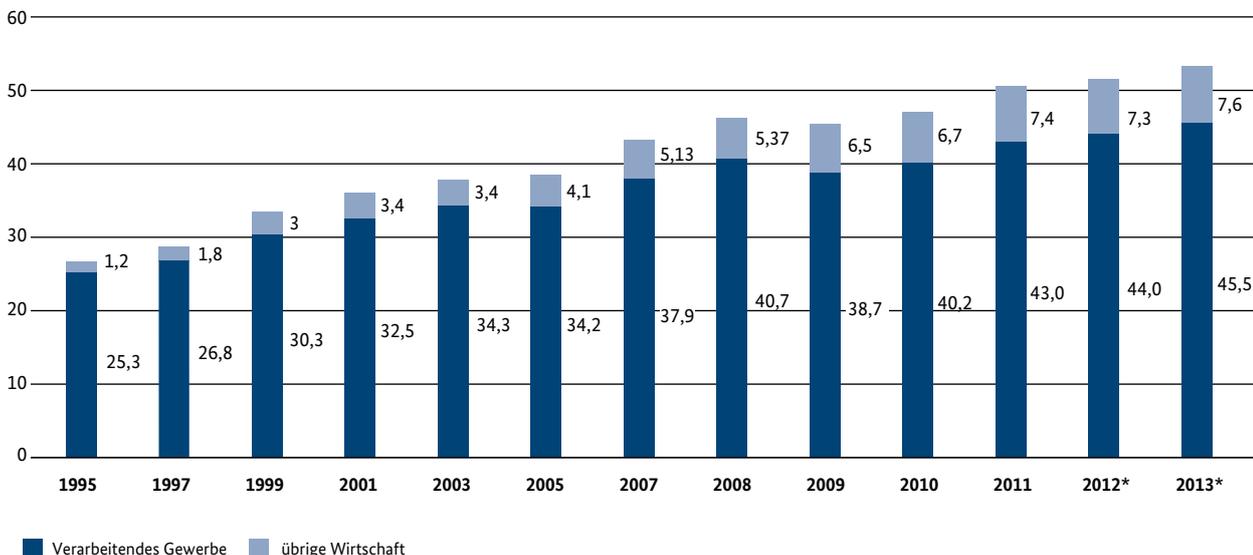
## 2. Stärkung der Innovationskraft

Investitionen in Innovationen, in Forschung und Entwicklung (FuE) sind entscheidend dafür, dass eine Volkswirtschaft wachsen kann, wettbewerbsfähig bleibt und Arbeitsplätze schafft. Innovationen sind vor allem ein Ergebnis unternehmerischer Initiative. Und hier ist Deutschland gut aufgestellt: Die deutsche Industrie hat ihre Investitionen in FuE zwischen 2005 und 2011 um 26 Prozent gesteigert. 2011 hat die Industrie fast 54 Mrd. Euro in FuE investiert. Die innerbetrieblichen Aufwendungen lagen dabei bei rund 43 Mrd. Euro.

Das BMWi unterstützt die Unternehmen dabei, indem es innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schafft und marktorientierte Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten horizontal fördert.

In dieser Legislaturperiode hat die Bundesregierung insgesamt über 13 Mrd. Euro zusätzlich für **Forschung, Entwicklung und Bildung** zur Verfügung gestellt. Im **Haushalt des BMWi** wachsen die Mittel für die technologiepolitischen Maßnahmen kontinuierlich, von 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2011 auf rund 2,9 Mrd. Euro im Jahr 2013. Damit hat sich der Technologiehaushalt in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt.

Interne FuE-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft (in Mrd. Euro)



Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft \*2012/13: Plandaten

## Maßnahmen

### Industrielle Gemeinschaftsforschung

Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen beflügeln Innovationsschübe im industriellen Mittelstand. Das Programm „**Industrielle Gemeinschaftsforschung/IGF**“ bringt Gruppen von Unternehmen, die ein gemeinsames Forschungsinteresse haben, mit Forschungseinrichtungen zusammen. Die Förderung wird nach einem wettbewerblichen Auswahlverfahren durch eine nicht rückzahlbare Zuwendung gewährt. Bei mehr als 400 neuen, wettbewerblich ausgewählten Vorhaben pro Jahr wird das Programm stärker als bisher auf branchenübergreifende und auch internationale Projekte ausgerichtet.

### Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand

Der industrielle Mittelstand ist ein wichtiger Innovationstreiber in Deutschland. Mit dem technologieoffenen **Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand** fördert das BMWi einzelbetriebliche FuE-Projekte von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Kooperationsprojekte und Netzwerke zwischen mittelständischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die Mittel für das Programm wurden von 313 Mio. Euro in 2010 auf rund 513 Mio. Euro in 2013 erhöht und ermöglichen jährlich 4.000 - 5.000 neue Projekte. Haupttechnologiefelder sind Produktionstechnologien, Werkstofftechnologien, Elektrotechnik, Messtechnik, Sensorik sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Auf sie entfielen bislang rund 57 Prozent der Fördermittel.

### go-cluster

Eine intensive Vernetzung von Industrie und Wissenschaft im Rahmen von Innovationsclustern kann maßgeblich zur Steigerung der Innovationsfähigkeit der beteiligten Unternehmen beitragen. Mit dem Programm **go-cluster** setzt das BMWi seine aktive Unterstützung für eine zukunftsgerichtete Clusterpolitik fort. go-cluster fördert innovative Servicekonzepte und unterstützt die Weiterentwicklung des Clustermanagements.

## Innovationsgutscheine

Auch wenn die mittelständische Industrie in Deutschland ein hohes Innovationspotenzial besitzt, können viele Unternehmen dieses Potenzial nicht voll entfalten. Häufig gibt es vor allem in kleinen Unternehmen noch Informationslücken und Beratungsbedarf, zum Beispiel bei den Betriebsorganisation, dem Innovationsmanagement oder dem effizienten Einsatz von Materialien und Rohstoffen. Gerade hier lassen sich Kosten senken, da Rohstoffe und Materialien mit über 40 Prozent den bei weitem größten Kostenanteil in der Produktion darstellen. Mit den **BMWi-Innovationsgutscheinen** können sich gewerbliche KMU beim Innovationsmanagement sowie der Rohstoff- und Materialeffizienz beraten lassen. Die Gutscheine decken bis zu 50 Prozent der Ausgaben für externe Beratungsleistungen ab.

### Technologieprogramm Autonomik für Industrie 4.0

Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben sich in fast allen Industriebranchen zu einem entscheidenden Innovationstreiber entwickelt. Mit dem Programm „**Autonomik für Industrie 4.0**“ fördert das BMWi Lösungsansätze, in denen intelligente autonome Systeme einschließlich Robotersysteme über Netze miteinander und mit den Nutzern interagieren. Gefördert werden u. a. Verbundvorhaben im vorwettbewerblichen Bereich zu zukunftsweisenden Produkten und Systemen in der Produktion und Produktionslogistik. Die zu entwickelnden Systeme sollen insbesondere Energie- und Rohstoffeffizienz sowie Umweltverträglichkeit berücksichtigen. Das BMWi stellt im Rahmen des Programms Fördermittel für FuE von insgesamt 40 Mio. Euro zur Verfügung. Sie sollen Eigenmittel in der Wirtschaft in gleicher Höhe mobilisieren.



### Schutz geistigen Eigentums/Patente

Innovatives Denken und exzellente Forschungsergebnisse sind der Schlüssel für den weltweiten Erfolg deutscher Produkte. Ideen müssen aber auch geschützt werden, damit sich die Produkte erfolgreich am Markt etablieren und behaupten können. Die deutschen Unternehmen haben 2012 über 34.000 Patente bei der Europäischen Patentbehörde angemeldet, das war ein Anteil von 36 Prozent an allen europäischen Anmeldungen.

Mit der **Förderinitiative SIGNO** hilft das BMWi kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere aus dem industriellen Bereich sowie freien Erfindern, bei der rechtlichen Sicherung und wirtschaftlichen Verwertung ihrer innovativen Ideen. Um ihnen den Einstieg in die Patentierung zu erleichtern, bietet ihnen das BMWi finanzielle Zuschüsse zu Maßnahmen von der Sicherung bis zur Verwertung der ersten Patent- oder Gebrauchsmusteranmeldung.

Die Missachtung geistiger Eigentumsrechte (Produktpiraterie) führt weltweit zu milliardenschweren Schäden. Allein für die deutsche Industrie wird der Schaden auf bis zu 50 Mrd. Euro pro Jahr beziffert. Daher setzt sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene intensiv für einen nachhaltigen Schutz des geistigen Eigentums ein. Hierfür führt sie den **Kampf gegen die Produktpiraterie** vor allem im Rahmen der WTO fort.

### Normen

Normen helfen, Innovationen der Industrie schneller durchzusetzen. Sie ermöglichen Systemfähigkeit, sichern Qualität und schaffen Transparenz. Durch ihre marktöffnende Wirkung stärken sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Mit dem Förderprogramm „**TNS – Transfer von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen (FuE) durch Normung und Standardisierung**“ werden forschende Unternehmen und Institute darin unterstützt, die Normung und deren Nutzung als Instrument des Technologietransfers bereits in der FuE-Phase einzubeziehen.

## 3. Stärkung der Finanzierungsbasis

Die Bundesregierung widmet einer funktionierenden Kreditwirtschaft besondere Aufmerksamkeit. Öffentliche Banken sollen Unternehmen bei der Finanzierung

nur dann unterstützen, wenn die Angebote des Marktes nicht ausreichen. Das BMWi fördert mit den bewährten Programmen des ERP-Sondervermögens und der bundeseigenen KfW-Bankengruppe die mittelständische Wirtschaft.

### Maßnahmen

#### Unternehmensfinanzierung

Der **KfW-Unternehmerkredit** dient der mittel- und langfristigen Finanzierung von Investitionsvorhaben und Betriebsmitteln im In- und Ausland (Fremdkapital und Nachrangkapital). Antragsberechtigt sind Unternehmen mit einem maximalen Jahresumsatz von 500 Mio. Euro. Die Neuzusagen beliefen sich 2012 auf 7,8 Mrd. Euro. Rund ein Viertel davon entfiel auf Industrieunternehmen. Die Kreditfinanzierung erfolgt jeweils über die Hausbank des Unternehmens.

#### Inlandsbürgschaften

Für Industrieunternehmen, die über keine banküblichen Sicherheiten verfügen, ist es vielfach schwierig, bei einem Kreditinstitut eine Finanzierung zu erhalten. Hier können Bürgschaften helfen. Sie stellen einen vollwertigen Ersatz banküblicher Sicherheiten dar und decken maximal 80 Prozent des Risikos der kreditgewährenden Bank ab.

In Deutschland hat sich das dreistufige Bürgschaftssystem des Bundes und der Länder bewährt: Kredite bis 1,25 Mio. Euro können durch die in jedem Bundesland etablierten Bürgschaftsbanken verbürgt werden, die wiederum von Bund und Ländern anteilige Rückbürgschaften erhalten. Darüber hinaus gehende Kredite verbürgen die Länder oder deren Förderinstitute. In den neuen Ländern beteiligt sich der Bund bei

Kredit über 10 Mio. Euro mit 60 Prozent am Bürgschaftsobligo. Garantien können für Beteiligungen bis zu 2,5 Mio. Euro übernommen werden. 2012 sicherten die deutschen Bürgschaftsbanken rund 7.000 Finanzierungsvorhaben ab. Das übernommene Bürgschafts- und Garantievolumen lag bei rund 1,1 Mrd. Euro. Ein Drittel davon entfiel auf Industrieunternehmen.

#### Regionale Wirtschaftsförderung

Zentrales Instrument der Regionalpolitik in Deutschland ist die Bund-Länder-**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)**. Von deren Mitteln profitiert die Industrie im besonderen Maße. Aus Mitteln der GRW werden u. a. gewerbliche Investitionen in ausgewiesenen Fördergebieten unterstützt. Im Gegenzug müssen Unternehmen in den Fördergebieten neue Dauerarbeitsplätze schaffen oder vorhandene Jobs sichern. Im Jahr 2012 wurden mit einem GRW-Bewilligungsvolumen von rund 988 Mio. Euro Investitionen von über 7,3 Mrd. Euro angestoßen. Durch diese Investitionsvorhaben sind fast 20.000 Arbeitsplätze geschaffen und 64.000 Arbeitsplätze gesichert worden. In der Zukunft wird die Gemeinschaftsaufgabe noch an Bedeutung gewinnen, weil ab 2014 die Investitionszulage entfällt und die Fördermittel durch die europäischen Strukturfonds reduziert werden.

#### Wagnis- und Beteiligungskapitalfinanzierungen

Eine unzureichende Finanzierung ist speziell für junge innovative Unternehmen das mit Abstand größte Innovations- und Wachstumshemmnis. Sie haben häufig Schwierigkeiten, Bankkredite zu erhalten. Als einzige Finanzierungsmöglichkeit bleibt daher oft das **Beteiligungskapital**. Hier nehmen vor allem der **High-Tech-Gründerfonds** und der **ERP-Startfonds** eine wichtige Rolle ein. Zunehmend gewinnt auch die Bereitstellung von Wagniskapital durch Business Angels an Bedeutung, die im Fokus des **Investitionszuschusses Wagniskapital** sowie des **European Angels Fund** stehen.

Der **High-Tech-Gründerfonds** investiert Risikokapital in neu gegründete deutsche Technologieunternehmen. Er wird durch Mittel des Bundes, der KfW sowie von

17 Industriekonzernen gespeist. In der ersten Finanzierungsrunde engagiert sich der Fonds mit bis zu 500.000 Euro. Der High-Tech Gründerfonds II startete im Oktober 2011 und ist mit einem Volumen von 301,5 Mio. Euro ausgestattet. Zusammen mit dem Vorgängerfonds wurden seit 2005 bereits über 300 neue Technologieunternehmen finanziert.

Der **ERP-Startfonds** beteiligt sich in gleicher Höhe und zu gleichen wirtschaftlichen Konditionen wie ein privater Leadinvestor an jungen, innovativen Unternehmen und ermöglicht es so, das bereitgestellte Kapital zu verdoppeln. 2012 wurden insgesamt 153 Beteiligungen mit einer Gesamtsumme von rund 58 Mio. Euro eingegangen. Der Großteil der durch den ERP-Startfonds finanzierten Vorhaben fällt auf die Technologiefelder Informations- und Kommunikationstechnologie, Biotechnologie und Chemie sowie auf den Bereich System- und Verfahrenstechnik. Das BMWi hat 2011 die Mittel für den ERP-Startfonds, um weitere 250 Mio. Euro aufgestockt, sodass insgesamt mehr als 700 Mio. Euro bereitstehen.

Mit der neuen Fördermaßnahme **Investitionszuschuss Wagniskapital** sollen die Finanzierungsbedingungen von jungen, kleinen und innovativen Unternehmen durch die Mobilisierung von privatem Wagniskapital verbessert werden. Stellen Privatinvestoren solchen Unternehmen für mindestens drei Jahre risikotragendes Kapital in Höhe von mindestens 10.000 Euro zur Verfügung, bekommen sie 20 Prozent ihrer Investition erstattet. Für den Investitionszuschuss Wagniskapital sind ab 2013 für vier Jahre insgesamt 150 Mio. Euro vorgesehen.

Der Investitionszuschuss ergänzt den **European Angels Fund**, den das BMWi Anfang 2012 gemeinsam mit dem Europäischen Investitionsfonds aufgelegt hat. Dieser Fonds stellt erfahrenen Business Angels und anderen nicht-institutionellen Investoren Eigenkapital zur Finanzierung innovativer KMU zur Verfügung. Die Höhe der Beteiligung richtet sich nach der beabsichtigten Investitionssumme des Business Angels (50:50 Co-Investition) und sollte zwischen 0,25 Mio. Euro und 5 Mio. Euro betragen. Die Kapitalausstattung des Fonds beträgt 60 Mio. Euro.

### 4. Sichere und bezahlbare Energieversorgung, kosteneffizienter Klima- und Umweltschutz

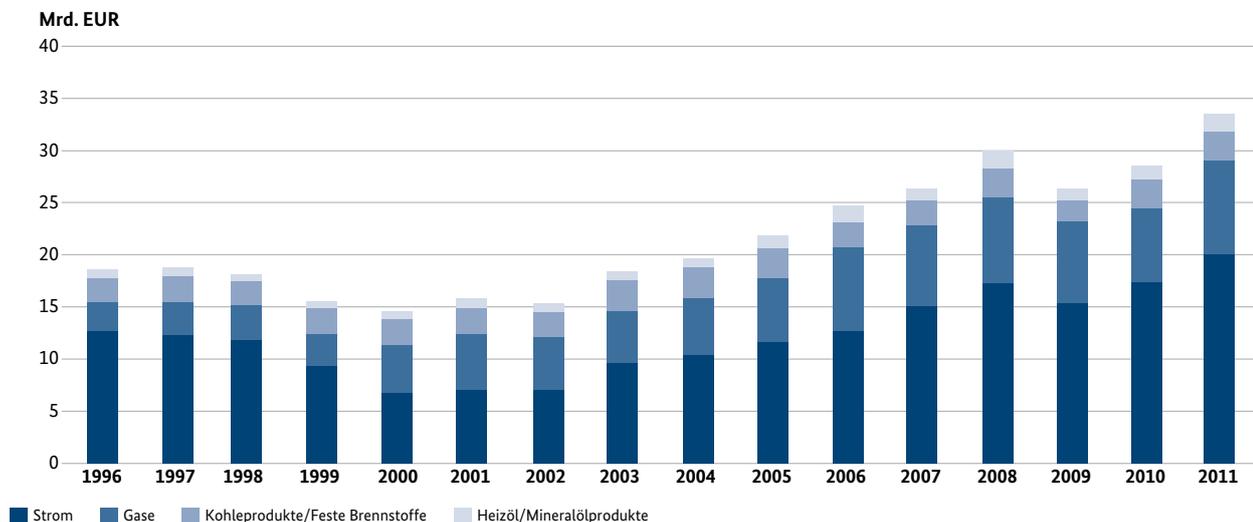
Ein hoch entwickelter Industriestandort wie Deutschland ist auf eine verlässliche Stromversorgung angewiesen. Schon Stromunterbrechungen im Sekundenbereich können empfindliche Produktionsanlagen der Industrie aus dem Takt bringen und zu enormen wirtschaftlichen Schäden führen. Bei der Umsetzung der Energiewende muss deshalb sichergestellt werden, dass stets ausreichende und angemessene Kapazitäten für die Stromerzeugung und -verteilung zur Verfügung stehen. Versorgungssicherheit wird nicht nur durch einen ausgewogenen Energieträgermix, sondern auch durch ein zuverlässiges Stromnetz gewährleistet.

Zudem muss Energie bezahlbar bleiben. Energiekosten, die im internationalen Vergleich überhöht sind, können zu Standortverlagerungen führen. Das kann zu Produktionseinbußen führen und Arbeitsplätze kosten. Dies gilt insbesondere für energieintensive Industriezweige wie die Stahl- und Aluminiumindustrie, chemische Industrie, Papierindustrie und Glasindustrie. Tatsache ist: Die Energiekosten der deutschen Industrie haben von 21,1 Mrd. Euro in 2000 auf 35,4 Mrd. Euro in 2011 zugenommen.

Der durchschnittliche Anteil der Energiekosten am Bruttoproduktionswert hat sich im gleichen Zeitraum von 1,6 Prozent auf 2,1 Prozent erhöht (Quelle: Stat. Bundesamt). Unsere Industriestrompreise liegen 15 Prozent über dem Durchschnitt der EU-Länder. Im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden sind sie sogar 40 Prozent höher.

Teure Energie ist nur eine von mehreren Herausforderungen für die Industrie in Deutschland. Denn zusätzlich muss sie strikte – meist EU-weit geregelte – Umweltauflagen einhalten. Damit hohe Umweltstandards mit einem hohen Lebensstandard einhergehen können, müssen Industrieunternehmen hochinnovativ und wettbewerbsfähig sein sowie nachhaltig wirtschaften. Dann sind sie nicht nur ein Teil der Herausforderung, sondern auch ein Teil der Lösung. Die deutsche Industrie hat in der Vergangenheit intensiv in Umweltschutzmaßnahmen investiert. Im Jahr 2010 gaben die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes insgesamt rund 24 Mrd. Euro für den Umweltschutz aus. Da die Umweltnormen weltweit sehr unterschiedlich sind, darf jedoch die deutsche Industrie nicht durch überzogene Vorgaben überfordert werden. Eine schleichende Abwanderung der Industrie in weniger regulierte Regionen der Welt würde weder dem Klima noch der Umwelt nutzen, dafür aber in Deutschland Arbeitsplätze und Wohlstand kosten.

#### Entwicklung der Energiekosten in der Industrie



Quelle: BMWi auf der Basis von AGEB und Stat. Bundesamt

Die Energiewende in Deutschland muss energisch und zugleich mit Augenmaß und wirtschaftlicher Vernunft vorangetrieben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland nicht zu gefährden.

## Maßnahmen

### Netzausbau und Kraftwerke

Je mehr Strom aufgrund der Zunahme der erneuerbaren Energien abseits der Verbrauchszentren erzeugt wird, desto mehr Strom muss dorthin transportiert werden. Dazu müssen die Stromnetze massiv ausgebaut werden. Grundlage für den Ausbau ist der Netzentwicklungsplan, den die Bundesnetzagentur im November 2012 vorgelegt hat. Danach sind in den nächsten zehn Jahren allein rund 2.800 km neue Stromtrassen für Höchstspannungsleitungen erforderlich. Zudem müssen rund 2.900 km bestehenden Stromtrassen modernisiert werden. Im April 2013 hat der Deutsche Bundestag auf dieser Grundlage das **Bundesbedarfsplangesetz** beschlossen, das die vordringlichen Netzausbauprojekte enthält und deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit festlegt. Auf die im **Bundesbedarfsplangesetz** gekennzeichneten länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen finden die beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren nach dem **Netzausbaubeschleunigungsgesetz** Anwendung.

Zudem hat die Bundesregierung Ende 2012 eine **Verordnung zu abschaltbaren Lasten** auf den Weg gebracht. Für zunächst drei Jahre haben jetzt Übertragungsnetzbetreiber und bestimmte Großstromverbraucher – insbesondere aus der Industrie – Gelegenheit, Einsatzschemata für abschaltbare Lasten aufzubauen. Mit diesem Instrument sollen stromintensive Unternehmen dann zur Netzstabilität beitragen. Gleichzeitig entstehen für sie neue Geschäftsfelder.

### Ausgleichsregelung bei erneuerbaren Energien

Das BMWi macht sich dafür stark, dass die stromintensive Industrie Deutschlands international wettbewerbsfähig bleibt. Daher hat die Bundesregierung im Frühsommer 2011 dafür gesorgt, dass auch energieintensive Mittelständler die **Besondere Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** für sich

nutzen können. Diese Regelung entlastet Firmen von Stromkosten. Konkret wurden die Mindestwerte des jährlichen Stromverbrauchs gesenkt, die nötig sind, damit Firmen die Regelung anwenden können. Seither müssen sie nur noch eine Gigawattstunde Strom pro Jahr verbrauchen und die Stromkosten müssen 14 Prozent der Bruttowertschöpfung ausmachen.

Auch für die restlichen Stromverbraucher ist die Bezahlbarkeit von Energie von großer Bedeutung. Ende Juni 2012 haben sich der Bundestag und der Bundesrat auf eine **Anpassung der Solarförderung** geeinigt. Im EEG wird ein Gesamtausbauziel für die geförderte Photovoltaik von 52 Gigawatt verankert, die Fördersätze werden gekürzt. Darüber hinaus ist eine grundlegende Reform des EEG erforderlich, die zügig angegangen werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen sich so schnell wie möglich dem Wettbewerb stellen.

### Entlastungen für energieintensive Unternehmen

Die **Energie- und Stromsteuern** in Deutschland sind im europäischen und internationalen Vergleich sehr hoch. Deswegen tragen Entlastungsregelungen dazu bei, dass das Produzierende Gewerbe in Deutschland auch international wettbewerbsfähig bleiben kann.

Energieintensive Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erhalten den sogenannten Spitzenausgleich: Sie bekommen einen Teil der Energie- oder Stromsteuern, die sie zahlen müssen, zurück. Die aktuelle Regelung für den **Spitzenausgleich** ist am 1.1.2013 in Kraft getreten und gilt bis Ende 2022. Der Spitzenausgleich ist nun an Effizienzanforderungen geknüpft. Zusätzlich müssen Unternehmen seit Anfang 2013 Energiemanagement- oder Umweltmanagementsysteme einführen und betreiben. Bei kleinen und mittleren Unternehmen können dies auch so genannte alternative Systeme zur Steigerung der Energieeffizienz (z. B. Energieaudit) sein. Die deutsche Wirtschaft hat sich dazu verpflichtet, ambitionierte Energieeffizienzziele zu erreichen. Dafür wurde die **Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft zur Steigerung der Energieeffizienz** getroffen. Ob die vereinbarten Ziele erreicht wurden, prüft regelmäßig ein unabhängiges wissenschaftliches Institut im Rahmen eines Monitoring-Verfahrens. Vom Spitzenausgleich profitierten 2012 ca. 11.000 Unternehmen bei der Energiesteuer und ca. 23.000 Unternehmen bei der Strom-

steuer. Das Entlastungsvolumen des Spitzenausgleichs betrug 2012 ca. 2,3 Mrd. Euro, so eine Schätzung des Bundesfinanzministeriums.

Abgesehen von den Steuern spürt die stromintensive Industrie empfindlich die Strompreiserhöhungen, die durch den Emissionshandel in Europa zustande gekommen sind. Stromintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, erhalten deswegen einen Teil ihrer Stromkosten erstattet. Dadurch sollen Verlagerungen wichtiger Industriesektoren ins Ausland verhindert und Arbeitsplätze gesichert werden. Die Basis dafür ist die **Richtlinie des BMWi zur Strompreiskompensation**. Zu den förderfähigen Sektoren gehören in erster Linie die Stahl-, Chemie-, Nichteisen-Metall- und die Papierbranche. Infolge der Richtlinie werden bis zu 85 Prozent der Kosten ausgeglichen, die aufgrund des Emissionshandels auf den Strompreis übergewälzt werden. Dabei werden durch Effizienzziele Anreize gesetzt, um Energie einzusparen und die Produktionsprozesse zu verbessern.

#### Energieeffizienz

Der deutschen Industrie ist es gelungen, die Energieintensität ihrer Produktion von 1991 bis 2011 um knapp 20 Prozent zu verringern (Quelle: AG Energiebilanzen). Insbesondere die Industriebereiche, die im internationalen Wettbewerb stehen, steigern die Effizienz ihrer Produktionsprozesse seit Jahrzehnten. Schließlich ist der Produktionsfaktor Energie immer teurer geworden. Aber dadurch sind längst nicht alle Potenziale ausgeschöpft. Deshalb macht sich die Politik stark dafür, dass Firmen noch energieeffizienter werden.

Zum Beispiel unterstützt das BMWi Industrieunternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten und 100 Mio. Euro Jahresumsatz bei Investitionen in hocheffiziente **Querschnittstechnologien**. Gefördert werden hocheffiziente Anlagen bzw. Aggregate wie Motoren, Pumpen oder Druckluftsysteme, die bisherige Anlagen und Aggregate ersetzen. Für die Förderung muss das Netto-Investitionsvolumen zwischen 5.000 und 30.000 Euro liegen. Querschnittstechnologien ab 30.000 Euro Netto-Investitionsvolumen werden ebenfalls unterstützt. Das gilt auch für die technischen Systeme, in die diese Querschnittstechnologien eingebunden sind. Dafür muss es sich um mindestens zwei Anlagen oder Aggregate handeln, die bisherige ersetzen, bzw. die erneuert werden.

Mit dem **KfW-Energieeffizienzprogramm** werden Energieeffizienzmaßnahmen gewerblicher Unternehmen mit zinsgünstigen Darlehen unterstützt. Mitfinanziert werden vor allem Investitionsmaßnahmen in den Bereichen Haus-, Energie- und Anlagentechnik, Prozesskälte und -wärme, Mess-, Regel- und Steuerungstechnik sowie Sanierung und Neubau von Gebäuden. Die Höhe des Darlehens beträgt bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten. In 2012 wurden Kredite in Höhe von 3,5 Mrd. Euro zugesagt. Rund 40 Prozent davon entfielen auf die Industrie.

Im Rahmen des Programms „**Energieberatung Mittelstand**“ werden kleine und mittlere Unternehmen durch Zuschüsse bei einer fachkundigen und unabhängigen Energieeffizienzberatung unterstützt. Gefördert werden Initialberatungen, die energetische Schwachstellen untersuchen sowie Detailberatungen, die eine vertiefende Energieanalyse und Vorschläge bzw. konkrete Maßnahmenpläne für Energie und Kosten sparende Verbesserungen zum Ziel haben.



## 5. Sichere Rohstoffversorgung

Deutschland zählt zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Da diese Rohstoffe zum Großteil nicht in Deutschland vorkommen, ist die deutsche Industrie von Importen abhängig. Im Jahr 2011 kamen 81,5 Prozent der Rohstoffe aus dem Ausland. Sie hatten einen Wert von ca. 169 Mrd. Euro. Der Rest stammte aus heimischer Produktion (12,5 Prozent) und aus dem Recycling (6 Prozent). Die Bundesregierung und die Wirtschaft sind sich einig, dass es grundsätzlich Aufgabe der Unternehmen selbst ist, ihre Rohstoffversorgung sicherzustellen. Die Bundesregierung flankiert diese Bemühungen insbesondere im Rahmen ihrer Rohstoffstrategie. Durch verschiedene Maßnahmen unterstützt sie Unternehmen vor allem dabei, neue Rohstoffquellen zu erschließen und ihre Rohstoff- und Materialeffizienz zu verbessern.



Bundesminister Dr. Philipp Rösler (rechts) gibt den Startschuss für den Deutschen Rohstoffeffizienz-Preis 2013

### Maßnahmen

#### Abbau von Marktverzerrungen

Handelspolitische Instrumente müssen auf multilateraler und EU-Ebene aktiv genutzt werden, um Handelsbeschränkungen im Rohstoffsektor weiter abzubauen. Dafür setzt sich das BMWi ein. Der „**Interministerielle Ausschuss Rohstoffe**“ unter Federführung des BMWi identifiziert kontinuierlich den anstehenden Handlungsbedarf und entwickelt Lösungsmöglichkeiten.

#### Rohstoffagentur

In der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wurde eine **serviceorientierte Rohstoffagentur** (DERA) aufgebaut. Sie berät und unterstützt die deutsche Wirtschaft bei der Sicherung der Rohstoffversorgung. Um sie operativ noch stärker in den dynamischen Umsetzungsprozess der Rohstoffstrategie einzubinden, nimmt sie ihre Aufgaben seit März 2012 durch einen eigenständigen Fachbereich der BGR in Berlin wahr.

#### Rohstoffpartnerschaften

Die Bundesregierung strebt den Aufbau von **Rohstoffpartnerschaften** mit ausgewählten Produzentenländern an. Im Oktober 2011 wurde das erste Regierungsabkom-

men über eine Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich mit der Mongolei unterzeichnet, im Februar 2012 folgte ein Abkommen mit der Republik Kasachstan. Im Januar 2013 wurden mit Chile zwei Erklärungen zur Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und mineralische Rohstoffe unterzeichnet. Weitere Rohstoffpartnerschaften mit interessierten Ländern sind in Arbeit. Eine Voraussetzung für diese politischen Partnerschaften ist, dass sich die deutsche Wirtschaft selbst mit konkreten Rohstoffprojekten in diesen Ländern engagiert.

#### Rohstoffquellen

Bei der **Exploration, Erschließung und Gewinnung von Rohstoffquellen** im In- und Ausland leistet das BMWi durch ein ergänzendes Förderprogramm Hilfestellung. Es trat zum 1. Januar 2013 in Kraft und soll die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit kritischen Rohstoffen verbessern (Explorationsförderprogramm).

#### Rohstoffeffizienz

Das BMWi unterstützt zudem die Forschung und Entwicklung sowie Beratung von Unternehmen in Sachen **Rohstoffeffizienz** und Materialeffizienz sowie zur Entwicklung von Ersatzmaterialien. Seit 2011 zeichnet das BMWi herausragende Pioniere auf dem strategischen Feld der Rohstoffeffizienz mit dem **Deutschen Rohstoffeffizienzpreis** aus.

**Kreislaufwirtschaft**

Die Kreislaufwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Rohstoffversorgung. Bei einigen Materialien, z. B. Kupfer, hat Deutschland mit 55 Prozent international die höchste Recyclingquote (BDE 2011). Beachtliche Werte erreicht der Einsatz von Sekundärrohstoffen auch bei der Papier- (70 Prozent) sowie bei der Aluminium- und Stahlherstellung (60 bzw. 45 Prozent).

Das BMWi setzt sich im europäischen und nationalen Kreislaufwirtschaftsrecht für mehr Wettbewerb, für unbürokratische Lösungen und für ambitionierte Verwertungs- und Recyclingquoten ein. Im **Kreislaufwirtschaftsgesetz**, das im Juni 2012 in Kraft getreten ist, geht es darum, Abfall zu vermeiden und Recycling zu stärken. Hauptanliegen des BMWi war es, die Kreislaufwirtschaft wettbewerbsfähig auszugestalten sowie die kommunalen und gewerblichen Interessen bei der Abfallentsorgung auszugleichen.

2012 haben sich die Bundesregierung und besonders das BMWi außerdem bei den Verhandlungen zur europäischen **Elektroaltgeräte-Richtlinie** durchgesetzt. Das Ergebnis: Sammel- und Verwertungsquoten werden stufenweise erhöht, illegale Schrottexporte eingedämmt und bürokratische Hürden bei der Registrierung abgebaut.

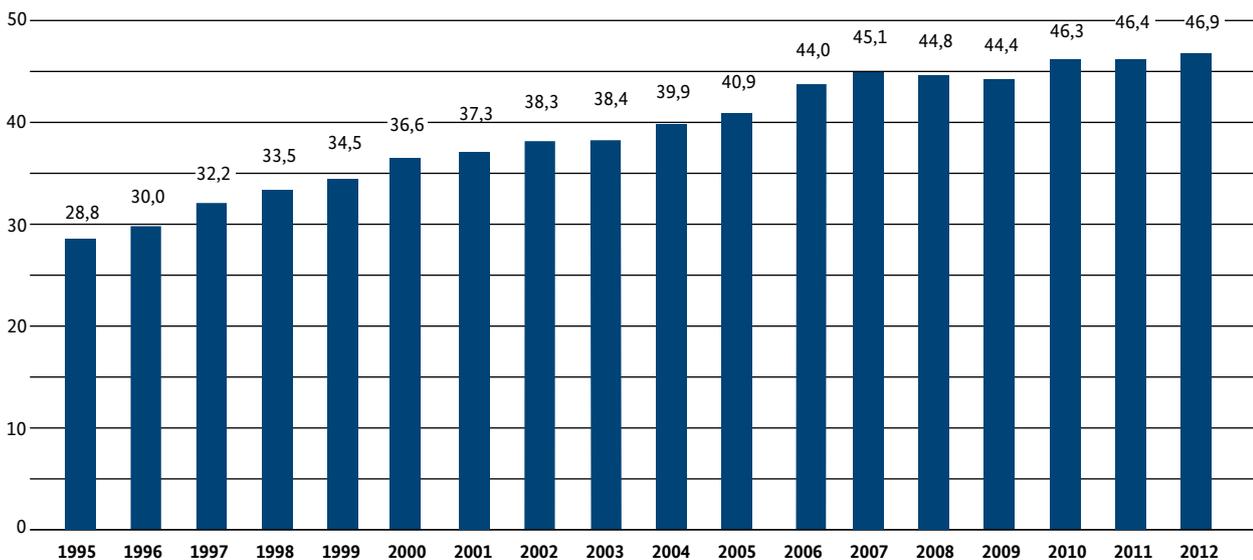
Dies entspricht einem Zuwachs von 3,4 Prozent bzw. 0,7 Prozent gegenüber 2011. Das BMWi unterstützt Unternehmen dabei, Chancen auf Auslandsmärkten zu nutzen. Es wird sich weiter mit Nachdruck für offene Märkte, einen freien Handel und den Abbau von Handelshemmnissen einsetzen. Bei der Weiterentwicklung seiner Instrumente legt das BMWi ein besonderes Augenmerk auf die kleinen und mittleren Unternehmen.

**6. Verbesserung der Exportchancen**

Der Handel mit Waren und Dienstleistungen ist eine wichtige Quelle von Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt vom Export ab. In der Industrie ist es sogar mehr als jeder Zweite. Im Jahr 2012 hat Deutschland Waren im Wert von 1.097,3 Mrd. Euro exportiert und im Wert von 909,1 Mrd. Euro importiert.

Der Handel mit Waren und Dienstleistungen ist eine wichtige Quelle von Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt vom Export ab. In der Industrie ist es sogar mehr als jeder Zweite. Im Jahr 2012 hat Deutschland Waren im Wert von 1.097,3 Mrd. Euro exportiert und im Wert von 909,1 Mrd. Euro importiert.

**Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe (in Prozent)**



Quelle: Statistisches Bundesamt

## Maßnahmen

### Abbau von Handelshemmnissen

Ein freier Welthandel ist die Voraussetzung für die Exporterfolge der deutschen Industrie. Deutschland tritt für offene Märkte und für eine Handelsliberalisierung ein, die auf klaren, vorhersehbaren und multilateral abgestimmten Regeln basiert.

Die Politik schafft die Voraussetzungen dafür, dass deutsche Unternehmen ihre Erfolge im Ausland fortsetzen und ausbauen können. Dabei steht der Abbau von Handelshemmnissen im multilateralen Rahmen der WTO im Vordergrund. Deutschland strebt weiterhin einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde an. **Bilaterale Freihandelsabkommen** der EU mit Drittstaaten sind in Ergänzung dazu erforderlich, um kurz- und mittelfristig Marktzugangserleichterungen zu schaffen. So wird das Freihandelsabkommen der EU mit Südkorea seit 1. Juli 2011 vorläufig angewendet, das Abkommen mit Peru ist am 1. März 2013 vorläufig in Kraft getreten. Weitere abgeschlossene und demnächst vorläufig in Kraft tretende Abkommen sind die mit Kolumbien und Zentralamerika. Bei den Verhandlungen mit dem Mercosur (Gemeinsamer Markt im südlichen Lateinamerika) wurde ein Austausch der Marktzugangsangebote für Ende 2013 vereinbart. Mit Singapur konnten die Freihandelsverhandlungen inzwischen abgeschlossen werden. Die Verhandlungen mit Malaysia machen Fortschritte, mit Vietnam und Thailand sind sie aufgenommen worden. Die Verhandlungen mit Kanada befinden sich in der Endphase, Anfang April 2013 begannen die Verhandlungen mit Japan. Eine hochrangige Arbeitsgruppe unter gemeinsamer Leitung von EU-Handelskommissar de Gucht und U.S. Trade Representative Kirk hat sich in ihrem Endbericht für ein umfassendes und ambitioniertes transatlantisches Abkommen von EU und USA ausgesprochen, das Hindernisse im Bereich Waren, Dienstleistungen und Investitionen abbauen und gemeinsame Regulierungsstandards festlegen soll. Von einer umfassenden Handelsliberalisierung könnte vor allem der exportorientierte deutsche Mittelstand profitieren. Am 12. März 2013 hat die Europäische Kommission den Entwurf eines Verhandlungsmandates für die Aufnahme von Verhandlungen für eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft vorgelegt. Das Mandat wird voraussichtlich Mitte des Jahres von den Mitgliedstaaten angenommen werden.

## Außenwirtschaftsförderung

Das BMWi hat seine Instrumente **der deutschen Außenwirtschaftsförderung** weiter optimiert, um neue Märkte besser zu erschließen und gleichzeitig Risiken abzufedern. Das BMWi wird u. a. das Netzwerk der deutschen Auslandshandelskammern weiter ausbauen und die Berichterstattung der bundeseigenen Germany Trade and Invest – Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) über ausländische Märkte intensivieren. Weiterhin wurde ein neues **Außenwirtschaftskonzept** entwickelt, das Firmen für ihre individuellen Exportaktivitäten nutzen können. Dazu gehören zum Beispiel Messebeteiligungen im In- und Ausland, Markterkundungs- bzw. Markterschließungsreisen, Reisen ausländischer Multiplikatoren und Einkäufer nach Deutschland sowie Informationsveranstaltungen zu Zielmärkten im Ausland.

### Auslandshandelskammern

Die deutsche Industrie wird in über 80 Ländern durch rund **120 Auslandshandelskammern**, Delegiertenbüros und Repräsentanzen unterstützt. Dies sind freiwillige Zusammenschlüsse von Unternehmen aus Deutschland und dem Partnerland, die vom DIHK anerkannt sind und durch das BMWi gefördert werden. Sie setzen sich für die Interessen der Wirtschaft beider Länder ein und fördern den Wirtschaftsverkehr in beide Richtungen. Das Netzwerk wurde in den vergangenen Jahren um die Standorte Angola, Ghana, Kenia, Irak und Aserbaidschan erweitert. Weitere Büros sind u. a. für Katar, Bangladesch und die Philippinen geplant.

### Germany Trade & Invest (GTAI)

Die **bundeseigene GTAI** unterstützt deutsche Industrieunternehmen, die ausländische Märkte erschließen wollen. Sie verfügt über ein weltweites Netz von Mitarbeitern, die vor Ort Informationen über Auslandsmärkte recherchieren. Aus 120 Ländern bietet die GTAI ein umfassendes, kundenorientiertes Angebot an Wirtschafts- und Branchendaten, Marktanalysen, Zoll- und Rechtsinformationen, Ausschreibungen und Projekt Hinweisen.

### Exportkreditgarantien

Die **Exportkreditgarantien des Bundes** (Hermesdeckungen) bieten der Industrie Schutz vor Zahlungsausfällen bei Exportgeschäften. Damit schließt die Bundesregierung eine Angebotslücke der Privatwirtschaft. Denn private Versicherer bieten vor allem für Exporte in Entwicklungs- und Schwellenländer keine ausreichenden Absicherungsmöglichkeiten an. Im Jahr 2012 wurden Exportgeschäfte im Umfang von gut 29 Mrd. Euro abgesichert. Auf Exporte in Schwellen- und Entwicklungsländer entfielen mehr als 87 Prozent des Gesamtvolumens. Von den Exportkreditgarantien profitieren insbesondere kleine und mittlere Industrieunternehmen. Ihr Anteil lag in den vergangenen Jahren bei rund zwei Drittel des abgesicherten Geschäfts.

### Investitionsgarantien

Die **Investitionsgarantien** sichern die Investitionen von Industriebetrieben in Entwicklungs- und Reformländern gegen politische Risiken ab. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Investitionen einen ausreichenden Rechtsschutz in den betreffenden Ländern genießen, insbesondere aufgrund eines Investitionsförderungs- und -schutzvertrages. Solche Verträge hat Deutschland mit 139 Entwicklungs- und Reformländern abgeschlossen. Die Bundesregierung hat 2012 neue Garantien mit einer Höchsthafung von insgesamt rund 6,1 Mrd. Euro übernommen, um deutsche Unternehmen bei ihren Auslandsinvestitionen gegen politische Risiken abzusichern. Knapp die Hälfte davon entfiel auf die Industrie und die Energiewirtschaft. Die Gesamthafung des Bundes aus allen genehmigten Garantien lag Ende 2012 bei 32,7 Mrd. Euro.

### Auslandsmesseprogramm

Das **Auslandsmesseprogramm** des BMWi bietet Industrieunternehmen die Möglichkeit, an ausgesuchten internationalen Fachmessen und -ausstellungen sowie deutschen Branchenveranstaltungen teilzunehmen. Ziel ist es, besonders die Exportaktivitäten kleiner und mittlerer deutscher Unternehmen zu begleiten. Die Auslandsmessebeteiligungen werden meist in Form von Gemeinschaftsständen durchgeführt. Ca. 70 Prozent der teilnehmenden Unternehmen stammen aus der Industrie. Für 2013 sind 270 Messebeteiligungen in 44 Ländern geplant. Die wichtigste Zielregion im Programm

2013 bleibt Süd-Ost- und Zentralasien. Weitere wichtige Zielregionen sind die europäischen Länder außerhalb der EU sowie der Nahe und Mittlere Osten.

### Markterschließungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen

Mit seinem neuen **Markterschließungsprogramm** hat das BMWi im Jahr 2012 drei Programme in einem gebündelt. Ziel ist es, vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland zu unterstützen. Das BMWi bietet darin Informationsveranstaltungen in Deutschland, Markterkundungen im Ausland, Geschäftsanbahnungen im Ausland und Multiplikatorenreisen nach Deutschland an.

### Exportinitiativen

Die **Exportinitiative Erneuerbare Energien** unterstützt deutsche Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche dabei, Auslandsmärkte zu erschließen und ihre führende Position im internationalen Wettbewerb weiter auszubauen. Zur Branche gehören Anbieter von Systemen und Komponenten der Solarenergie, Windenergie, Bioenergie, Erdwärme, Wasserkraft und von Wärmepumpen. Die Exportinitiative erleichtert deutschen Firmen den Markteintritt im Ausland. Wichtig dafür sind vor allem die Informationen über Zielmärkte, Geschäfts- und Informationsreisen, die Kontaktabahnung mit internationalen Kooperationspartnern sowie die Unterstützung im Marketing.



Die **Exportinitiative Energieeffizienz** unterstützt kleine und mittlere Unternehmen, deren Angebot darauf ausgerichtet ist, Energie effizienter zu nutzen oder einzusparen. Mit Hilfe der Exportinitiative können diese Firmen neue Absatzmärkte schneller erschließen. Schwerpunkte sind dabei Länder mit hohem Wirtschaftswachstum, Industrieländermärkte von strategischer Bedeutung für die Exportwirtschaft und Schwellenländer.

Die **Exportinitiative Sicherheitstechnologien** unterstützt deutsche Unternehmen, die im Bereich der Sicherheitstechnologien tätig sind, beim Eintritt in ausländische Märkte. Angeboten werden die Module Marktinformation, Markterschließungs-, Geschäftsanhängerreisen sowie Reisen ausländischer Multiplikatoren nach Deutschland. Zielmärkte sind dabei insbesondere Brasilien, Indien und der arabische Raum, aber auch Russland. Inhaltliche Schwerpunkte bilden u. a. die Themen Sicherheit bei Sportgroßereignissen, Schutz kritischer Infrastrukturen, Disastermanagement und Brandschutz.

**Exportkontrolle**

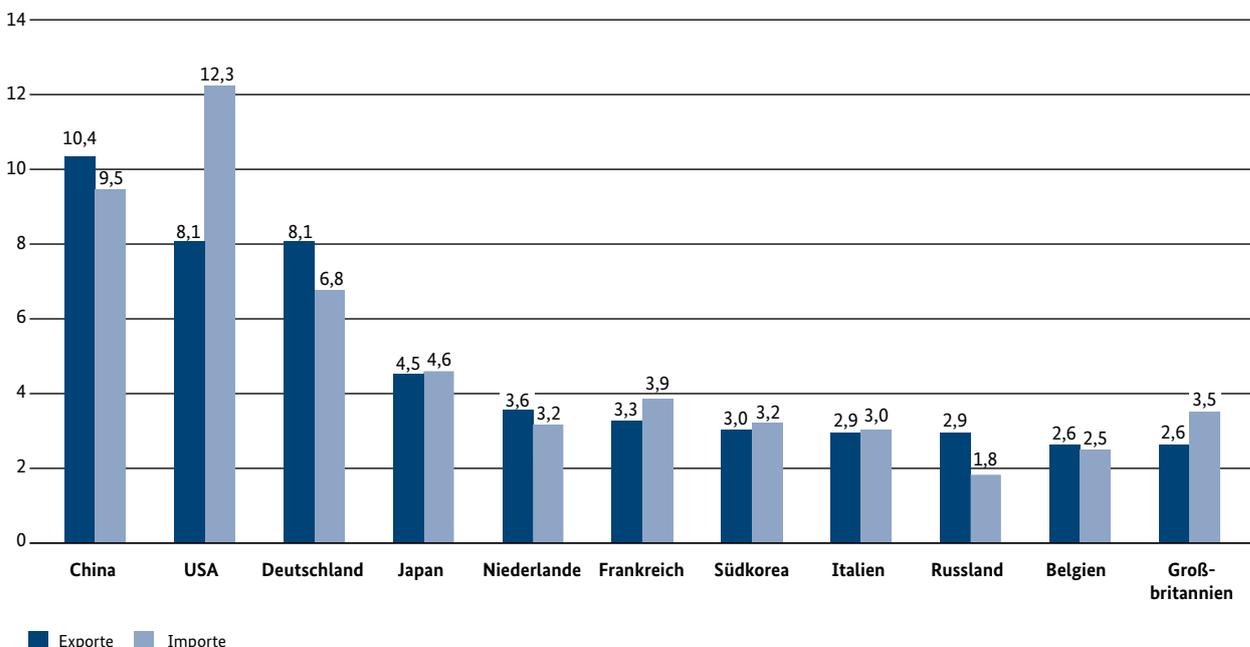
Das BMWi setzt sich kontinuierlich für eine **Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren in der Exportkontrolle** ein. Beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wurde ein elektronisches Kommunikationspor-

tal eingerichtet, das es ermöglicht, Ausfuhranträge elektronisch einzureichen und sich über den Bearbeitungsstand zu informieren. Darüber hinaus sind kürzlich auf EU-Ebene weitere Verfahrenserleichterungen in Form von Allgemeingenehmigungen für unkritische Zwecke (z. B. die temporäre Ausfuhr von Dual Use-Gütern zu Messe- und Ausstellungszwecken) in Kraft getreten.

**Außenwirtschaftsgesetz**

Die parlamentarischen Beratungen des Gesetzes zur **Modernisierung des Außenwirtschaftsgesetzes** sind abgeschlossen. Mit dem Gesetz werden das Außenwirtschaftsgesetz und in der Folge zeitnah die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) gestrafft und vereinfacht, ohne das hohe Kontrollniveau insbesondere für die Ausfuhr von Rüstungsgütern anzutasten. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert von einem klaren und verständlichen Außenwirtschaftsrecht.

Die weltweit bedeutendsten Warenexport- und -importnationen 2011 (Anteil am weltweiten Warenhandel in Prozent)



Quelle: WTO



## 7. Spezielle Industriesektoren

Im Verkehrssektor werden einzelne Industriesektoren spezifisch gefördert. Dies sind vor allem die Luft- und Raumfahrtindustrie, die Maritime Wirtschaft und die Elektromobilität.

### Luft- und Raumfahrtindustrie

Die Luft- und Raumfahrt ist ein wichtiger Technologie- und Wachstumsmotor in Deutschland. Sie verbindet fast alle Hochtechnologien des Informationszeitalters: Elektronik, Robotik, Mess-, Steuer-, Werkstoff- und Regeltechnik. Die Luftfahrtindustrie liefert zudem Technologien für andere Branchen. Ein Beispiel ist die Leichtbauweise mit kohlefaserverstärkten Kunststoffen (CFK), die in der Luftfahrt entwickelt wurde und nun u. a. den Automobilbau entscheidend weiterentwickeln kann. Die **deutsche Luft- und Raumfahrt** steht im Wettbewerb mit zum Teil stark öffentlich geförderten Unternehmen in den USA, Russland und China.

### Maritime Wirtschaft

Für die Vernetzung der Märkte ist eine gut ausgebaute Infrastruktur auch an Wasserwegen und Häfen notwendig. Die deutsche Wirtschaft transportiert etwa 60 Prozent ihrer Warenexporte per Schiff. Deshalb ist Erhalt und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der **maritimen Wirtschaft in Deutschland** ein wichtiges Ziel der Bundesregierung. Dazu gehören leistungsfähige Werften und Schiffbauzulieferunternehmen, die weltweit mit innovativen und technologisch anspruchsvollen Produkten überzeugen. Dies zeigt sich an der hohen Exportquote der Branche.

### Elektromobilität

Die Elektromobilität birgt eine große Chance für die Industrie in Deutschland, denn mit ihr kann eine neue Wertschöpfungskette entstehen. Als saubere Technologie kann Elektromobilität zudem wesentlich zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und des Verbrauchs von Öl beitragen.

## Maßnahmen

Mit ihrem eigenständigen **Luftfahrtforschungsprogramm** und ihrer **Luftfahrtstrategie** unterstützt die Bundesregierung die deutsche Luftfahrtindustrie dabei, die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Die gezielte Projektförderung in industriegeführten Forschungsverbänden, zusammen mit den Forschungsaktivitäten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie einer Reihe bedeutender Großversuchsanlagen und Flugversuchsträger, bilden die tragenden Säulen einer leistungsfähigen nationalen Forschungsinfrastruktur. Im Rahmen des Luftfahrtforschungsprogramms werden Forschungs- und Technologieentwicklungsvorhaben mit einer Anwendung in der zivilen, kommerziellen Luftfahrt am Standort Deutschland unterstützt.

Die **Raumfahrtstrategie der Bundesregierung** bildet die Grundlage für alle deutschen Raumfahrtaktivitäten. Der konkrete Nutzen für die Menschen steht dabei im Mittelpunkt. Jede Ariane-Trägerrakete startet mit wichtigen Bauteilen aus Deutschland, deutsche Satellitentechnologie schärft den Blick auf die Erde und ins Weltall, deutsche Weltraumwissenschaftler sind mit an der Weltspitze. Das BMWi fördert die **deutsche Raumfahrt** auf nationaler und europäischer Ebene, unter anderem durch deutsche Beiträge zur Europäischen Weltraumorganisation ESA.

Mit dem Förderprogramm „**Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze**“ unterstützt das BMWi Investitionen in den innovativen Schiffbau. Deutsche Werften können bis zu 20 Prozent ihrer Aufwendungen für Investitionen, Entwurfs-, Ingenieur- und Testtätigkeiten als Zuwendung erhalten, wenn sich diese Aufwendungen unmittelbar aus der industriellen Anwendung für innovative Produkte und Verfahren ergeben. Für das Programm stehen 2013 insgesamt 13 Mio. Euro zur Verfügung. Zudem fördert das BMWi die Forschung und Entwicklung durch Unternehmen der schiffs- und meerestechnischen Industrie sowie von Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch das Forschungsprogramm „**Maritime Technologien der nächsten Generation**“. Das Spektrum des Programms umfasst vier große Säulen: Schiffstechnologien, Produktionsmethoden, Binnen- und Seeschifffahrt sowie

die Meerestechniken. Damit deckt das Programm die gesamte maritime Wertschöpfungskette vom Meeresboden bis zur Hafenkante ab.

Bundesregierung und Industrie verfolgen das gemeinsame Ziel, Deutschland bis zum Jahr 2020 zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität zu machen. Damit es erreicht wird, hat die Bundesregierung unter maßgeblicher Beteiligung des BMWi die **Nationale Plattform für Elektromobilität** eingerichtet. Sie macht die Forschungs- und Pilotvorhaben der Industrie, der Wissenschaft und des Staates transparent, um Synergieeffekte zu nutzen, den Anstoß für technische Innovationen zu geben und einen Marktprozess in Gang zu setzen.

Auf der Grundlage der Empfehlungen der Nationalen Plattform hat das Bundeskabinett am 16. Mai 2011 ein „**Regierungsprogramm Elektromobilität**“ verabschiedet. Die darin definierte Rolle der Regierung besteht vor allem darin, die Rahmenbedingungen für Elektromobilität so zu setzen, dass die noch junge Technologie eine Chance hat, sich im globalen Wettbewerb erfolgreich zu entwickeln. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt liegt auf Forschung und Entwicklung. Gefördert werden anwendungsnahe Forschungsvorhaben, die sich mit neuen und optimierten Antriebskonzepten für Hybrid- und reine Elektrofahrzeuge, mit der Batterieforschung, der Standardisierung des elektrischen Antriebssystems, der Integration der Elektrofahrzeuge über Informations- und Kommunikationstechnologien in das Stromnetz oder der Optimierung der Produktionstechnologien in der neuen Wertschöpfungskette befassen. Eine Lotsenstelle unterstützt insbesondere Mittelständler bei der Suche nach geeigneten Förderprogrammen.

## V. Deutsche Industriepolitik im europäischen Kontext



Das BMWi beteiligt sich aktiv an der Europäischen Industriepolitik. Dies ist eine sehr wichtige Aufgabe, denn viele der relevanten Regelungen für die deutsche Industrie werden maßgeblich in Brüssel geschmiedet. Zudem ist der EU-Binnenmarkt mit Abstand der größte Absatzmarkt für die deutschen Unternehmen.

### EU-Industriepolitik

Auf europäischer Ebene treffen **unterschiedliche industriepolitische Vorstellungen** aufeinander. Manche Länder verfolgen traditionell eine Politik des aktiven Staates, der spezifische Zukunftsbranchen fördert, nationale Champions kreiert oder nicht lebensfähige Unternehmen mittels Subventionen zu retten versucht. Andere EU-Mitgliedstaaten haben lange Zeit der Industrie keine größere Bedeutung mehr eingeräumt und das Augenmerk überwiegend auf Dienstleistungen, insbesondere Finanzdienstleistungen, gerichtet. Die Bundesregierung setzt sich hingegen auch in der EU für eine marktkonforme und wettbewerbsorientierte Industriepolitik ein, die auf die Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen ausgerichtet ist.

### Rat für Wettbewerbsfähigkeit

Wichtigstes Gremium der EU-Industriepolitik ist der **Rat für Wettbewerbsfähigkeit**. In dieser Ratsformation macht sich das BMWi dafür stark, dass die Mitgliedstaaten der EU mit einer breit angelegten und schlüssigen Gesamtstrategie die industriellen Standortbedingungen durchgreifend und nachhaltig verbessern. Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit der in Europa tätigen Unternehmen zu stärken, den Wettbewerb insbesondere durch Marktöffnung zu fördern und für ein „**level playing field**“ im zunehmend globalen Wettbewerb zu sorgen. Eine selektive Industriepolitik, die fokussiert auf bestimmte Technologien und einzelne Sektoren setzt, läuft dagegen Gefahr, auf das falsche Pferd zu setzen. Die vordringliche Aufgabe der EU-Industriepolitik muss deshalb darin bestehen, übermäßige und ungerechtfertigte Belastungen für die Unternehmen zurückzuführen und dafür zu sorgen, dass Vorschriften der Politik die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht belasten. Dazu muss die Industriepolitik als Querschnittsaufgabe in die anderen Politikfelder hineinwirken.

## Maßnahmen

### Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau

Eine bessere Rechtssetzung und Bürokratieabbau sind auf der EU-Ebene eine vorrangige Aufgabe. Die Politik muss bei neuen EU-Regelungen darauf achten, dass besonders für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) keine unnötigen Belastungen entstehen und ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird. Das BMWi setzt sich daher energisch dafür ein, dass insbesondere der **KMU-Test** und die **Wettbewerbsfähigkeitsprüfung** bei der Entwicklung neuen EU-Rechts konsequent und durchgängig angewendet werden. Zudem muss das EU-Recht gestrafft, seine Effektivität gestärkt und seine Anwendbarkeit in den Mitgliedstaaten erleichtert werden. Dafür sollen die übergreifenden „Eignungstests“ sorgen, die im Rahmen des REFIT-Programms stattfinden sollen. Das hat die EU-Kommission im Dezember 2012 angekündigt. REFIT ist der Nachfolger des EU-Bürokratieabbau-Aktionsprogramms, das Ende 2012 ausgelaufen ist.

### Beihilfenkontrolle

Mitgliedstaaten nutzen öffentliche Mittel, um in ihren Binnenmärkten bestimmte Wirtschaftszweige zu fördern. Diese Beihilfen können einerseits dem gemeinsamen europäischen Interesse dienen. Andererseits können sie aber den Wettbewerb in einem Maß verfälschen, das diesem allgemeinen Interesse zuwiderläuft. Die staatliche **Beihilfenkontrolle der EU-Kommission** beurteilt die positiven und negativen Auswirkungen der nationalen staatlichen Beihilfen und wägt sie gegeneinander ab. Damit der deutschen Industrie keine Wettbewerbsnachteile entstehen, setzt sich das BMWi für eine strikte und diskriminierungsfreie Beihilfenkontrolle durch die Kommission ein.

### EU-Patent

Das BMWi hat sich stets für ein kostengünstiges und nutzerfreundliches **EU-Patent** sowie für eine einheitliche europäische Patentgerichtsbarkeit stark gemacht. Die Verhandlungen dazu auf EU-Ebene konnten im Dezember 2012 abgeschlossen werden. Die EU-Kommission rechnet damit, dass voraussichtlich ab 2014 Unternehmen ihre Erfindungen mit einem einzigen so genannten „EU-Patent“ schützen lassen können. Es

wäre zunächst mit Ausnahme von Spanien und Italien in der gesamten EU gültig. Durch den Wegfall der Übersetzung in die jeweilige Landessprache werden die Kosten für den EU-weiten Patentschutz voraussichtlich deutlich sinken.

### Sektoreninitiativen

Als ein erfolgreiches Instrument der EU-Industriepolitik haben sich die **Initiativen zu einzelnen Sektoren** erwiesen. Wichtige Handlungsfelder sind die Innovations- und Technologieförderung, die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte und der Schutz geistigen Eigentums. Das BMWi hat an zahlreichen europäischen Sektorinitiativen mitgewirkt und dafür gesorgt, dass diese nicht in interventionistisches Fahrwasser abgleiten. Besonders wichtig sind zurzeit folgende Sektorinitiativen: der hochrangige „Roundtable“ Stahlindustrie, die Taskforce fortschrittliche Herstellungstechnologien, die hochrangige Gruppe Unternehmensdienstleistungen, die Bioökonomiestrategie sowie die Initiativen „CARS 2020“ und „LeaderSHIP“.

### Europäische Umwelt- und Klimapolitik

Die EU hat sich beim Umwelt- und Klimaschutz sehr ambitionierte Ziele gesetzt und nimmt international eine Vorreiterrolle ein. Dies bringt für die deutsche Industrie einerseits Vorteile mit sich, da sie sich frühzeitig auf nachhaltige Produktionsverfahren und Produkte umstellen muss und dadurch mit entsprechenden Angeboten auf den Weltmärkten punkten kann (first mover advantage). Andererseits führen aber strenge Umweltvorgaben, die über entsprechende Anforderungen in wichtigen Konkurrenzländern hinausgehen, auch zu großen Herausforderungen für Unternehmen, die in Europa produzieren. Sie laufen zum Teil Gefahr, mit Wettbewerbern aus Drittländern nicht mehr mithalten zu können. Das BMWi setzt sich für ausgewogene Lösungen ein, die zum Schutz der Umwelt und des Klimas beitragen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze zu gefährden. Dies gilt z.B. für den europäischen **Emissionshandel**. Um gravierende Wettbewerbsnachteile für die Industrie zu vermeiden, lehnt das BMWi Pläne der EU-Kommission ab, die CO<sub>2</sub>-Zertifikate zeitweise zurückzuhalten und bis zum Jahr 2015 weniger CO<sub>2</sub>-Rechte zu versteigern. Denn die Umsetzung dieser Pläne würde die Kostenbelastung für die Industrie deutlich erhöhen. Das BMWi

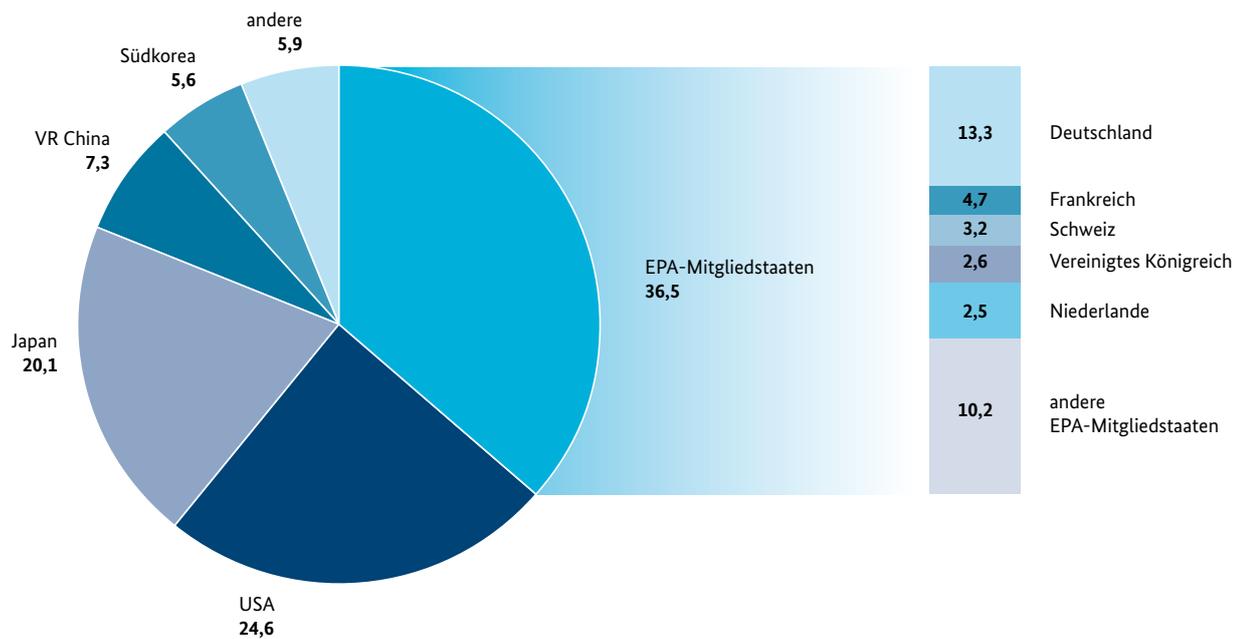
sieht derzeit auch keine Notwendigkeit für einen Eingriff in das Emissionshandelssystem, da es funktioniert und die vorgegebenen Reduktionsziele in jedem Fall erreicht werden.

Das BMWi setzt sich auf EU-Ebene dafür ein, dass die Vorschläge der EU-Kommission vom Juli 2012 zur **CO<sub>2</sub>-Regulierung von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen** nachgebessert werden. Sie sollen ab 2020 gelten und sehen vor, die Grenzwertkurve, welche die europäischen Flottenziele auf die einzelnen Fahrzeugmodelle und Hersteller herunterbricht, abzuflachen. Dies ist unbegründet und würde besonders die deutschen Premiumhersteller belasten und in die Modellpolitik eingreifen. Die Förderung emissionsarmer Fahrzeuge muss wirksamer und umfassender ausgestaltet, die Anrechnung von Umweltinnovationen praktikabler und verlässlicher geregelt werden.

Bei der Überprüfung der europäischen Chemikalienverordnung REACH („Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien“) setzt sich das BMWi für eine Gebührensenkung ein. Nationale Verfahren in der Stoffpolitik sollen beschleunigt und bürokratische Hürden in der Rechtspraxis abgebaut werden, ohne die Standards abzusenken.

Mit dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz vom November 2011 hat die Bundesregierung die neu gefasste EU-Ökodesign-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Bei den Durchführungsmaßnahmen der EU zur Ökodesign-Richtlinie für verschiedene Produktgruppen setzt sich das BMWi für Produktanforderungen ein, die technisch machbar, wirtschaftlich vertretbar und ökologisch sinnvoll sind.

**Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (EPA) 2012**  
in Prozent



Quelle: Europäisches Patentamt

## VI. Fazit



Die großen, mittleren und kleinen Industrieunternehmen in Deutschland bilden ein starkes Fundament für die gesamte Wirtschaft. Mit ihrem Innovationselan und ihrer Exportstärke tragen sie entscheidend zum Wachstum und Wohlstand in unserem Land bei. Diese eindrucksvolle Erfolgsgeschichte ist auch eine Bestätigung für den eingeschlagenen Kurs in der Industriepolitik. Es gilt, mit innovations- und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen auch künftig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu sichern. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe. Denn das wirtschaftliche Umfeld ändert sich rasant, Innovationen erobern die Märkte, neue Produkt- und Dienstleistungsmärkte entstehen. Laufend treten neue Unternehmen in den internationalen Wettbewerb ein, vor allem aus Schwellenländern.

Die Politik nimmt diese Herausforderungen an und wird die Veränderungen aufgreifen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird sich weiterhin dafür stark machen, dass große, mittlere und kleine Industrieunternehmen erfolgreich investieren und produzieren können, um mit ihren innovativen Produkten und Leistungen neue Arbeitsplätze zu schaffen und Märkte zu erobern.









